China 5 11 26

https://world-news-monitor.de/china/china-verschaerft-ton-gegen-merz-kritisiert-aussagen-als-frivol/ 1.11.2026

China verschärft Ton gegen Merz, kritisiert Aussagen als „frivol"

Peking ist empört über Bundeskanzler Merz und greift zu ungewöhnlich scharfer Rhetorik.

Während seines Besuchs in Japan hat Bundeskanzler Friedrich Merz Deutschland und Japan als Nachbarn und als „Premium-Partner" bezeichnet. Für China kommt der Schulterschluss zu einem Zeitpunkt, da sich das Verhältnis zwischen Peking und Tokio eintrübt.

Die staatliche chinesische Global Times attackiert Merz ungewöhnlich heftig. Tatsächlich signalisiere Merz nicht nur engere Beziehungen zu Japan, sondern fordere explizit eine stärkere militärische Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern. Deutschland habe zudem Interesse an einer Beteiligung am Global Combat Air Program bekundet – einer gemeinsamen Initiative von Japan, Großbritannien und Italien. Die Zeitung schreibt: „Die Tatsache, dass zwei im Zweiten Weltkrieg besiegte Nationen so eifrig die militärische Zusammenarbeit vorantreiben, dabei aber selektiv gemeinsame Werte betonen und die Beschränkungen der Nachkriegsordnung für militärische Aktivitäten bewusst umgehen, ist an sich schon Grund genug, die internationale Gemeinschaft zur Wachsamkeit zu mahnen."

Vor allem Merz' Taiwan-Aussagen erregen die Chinesen: In der Taiwan-Frage habe Merz bemerkt, Deutschland werde entscheiden, wie die Ein-China-Politik umgesetzt werde. Dies sei ein Versuch, in einer prinzipiellen Frage eine „Grauzone" zu schaffen. Solche Grenzüberschreitungen seien für die deutsch-chinesischen Beziehungen in keiner Weise konstruktiv. Merz' Schmeichelei gegenüber der japanischen Premierministerin Sanae Takaichi gehe „über bloße Annäherung hinaus – sie ist ein klares Beispiel politischer Frivolität".

Zwar ist es in diplomatischen Kontexten nicht ungewöhnlich, ein

Gefühl der Verbundenheit auszudrücken, doch zwei Länder, die 9.000 Kilometer voneinander entfernt liegen, als „Nachbarn" zu bezeichnen und „gemeinsame Werte" als Vorwand zu nutzen, um eine Reihe von Sicherheits- und Wirtschaftsabkommen mit klaren, zielgerichteten Zielen voranzutreiben, geht weit über bloße Rhetorik hinaus.

Die deutsche Wirtschaft hätte gehofft, Merz' Asienreise würde zur Sicherung von Aufträgen und zur Verbesserung der Lieferketten beitragen, so die Zeitung. Doch Merz habe „es während dieses Besuchs eindeutig versäumt, die von einer reifen politischen Persönlichkeit erwartete Rationalität an den Tag zu legen". Das chinesische Außenministerium hätte „zuvor die Hoffnung geäußert, dass Deutschland und die EU objektiv und rational bleiben, mit China an einem Strang ziehen und verlässliche und berechenbare Partner füreinander werden". Merz täte gut daran, diesen Rat zu beherzigen. Man könne „zwar versuchen, einen Nachbarn aus 9.000 Kilometern Entfernung für sich zu beanspruchen, aber eine echte Partnerschaft erfordert Aufrichtigkeit und gegenseitigen Respekt".

---

https://www.rapporteur.com/de/news/peking-warnt-die-eu-vor-dem-einsatz-von-handelsmasnahmen-gegen-china/

5.11.2026

Peking warnt die EU vor dem Einsatz von Handelsmaßnahmen gegen China

Brüssel bereitet eine ganze Reihe neuer Handelsinstrumente vor, die möglicherweise gegen Peking eingesetzt werden könnten. China werde Gegenmaßnahmen ergreifen, sollte die EU „diskriminierende" Handelsinstrumente gegen Peking einsetzen, warnte Cai Run, der chinesische Botschafter bei der EU, während Brüssel seine Bemühungen verstärkt, seine Abhängigkeit von der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt zu verringern.

„China lehnt es ab, Wirtschafts- und Handelsfragen zu politisieren, den Sicherheitsbegriff zu weit auszudehnen und auf einseitigen oder maximalen Druck zurückzugreifen", sagte Cai Run am Donnerstag in einer seltenen Rede bei einer Veranstaltung der in

Brüssel ansässigen Denkfabrik Friends of Europe.
„Sollte die EU darauf bestehen, restriktive und diskriminierende Wirtschafts- und Handelsmaßnahmen gegen China zu ergreifen, wird China Gegenmaßnahmen ergreifen müssen, um seine Interessen entschlossen zu wahren", fügte er hinzu.

Diese Äußerungen erfolgen zu einem Zeitpunkt, an dem die Europäische Kommission, die für die EU-Handelspolitik zuständig ist, eine Reihe neuer Instrumente vorbereitet, die speziell darauf abzielen, die Abhängigkeit der Union von China zu verringern, das einen Großteil der weltweiten Produktion und der Veredelung zahlreicher kritischer Mineralien dominiert.

Wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen

Dazu gehören ein „Diversifizierungsinstrument", das EU-Unternehmen dazu ermutigen soll, ihre Lieferketten aus China zu verlagern, sowie ein von Frankreich und Deutschland unterstütztes Instrument, mit dem chinesischen Firmen als Reaktion auf mögliche wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen seitens Pekings „sofort" der Zugang zum EU-Markt verwehrt werden soll.

Beide Instrumente, die zusätzlich zu einem separaten „Abschreckungspakt" gegen China kommen, den die EU ebenfalls mit ihren Verbündeten vereinbaren will, sollen voraussichtlich noch vor einem EU-Gipfel im Dezember vorgelegt werden.

Maroš Šefčovič, EU-Handelskommissar, erklärte am Mittwoch vor dem Europäischen Parlament, dass die Kommission zudem „sehr, sehr sorgfältig" prüfe, wie verhindert werden könne, dass China die Handelsmaßnahmen der EU durch den Versand von Waren über Drittländer umgeht.
Brüssel werde „äußerst wachsam" sein, um sicherzustellen, dass „wir alle Handelsmaßnahmen, die wir gemeinsam beschließen, auch wirklich überwachen und, ich würde sagen, durchsetzen können", sagte er.

Cai verwies jedoch auf die „positiven Fortschritte", die während Šefčovičs Besuch in Peking im vergangenen Monat erzielt wurden, bei dem China sich bereit erklärte, seine Exporte von Hybridfahrzeugen in die EU drastisch zu reduzieren.
„Das Treffen hat erneut bestätigt, dass der richtige Ansatz darin

besteht, handels- und wirtschaftspolitische Differenzen und Spannungen durch Dialog und Konsultationen zu lösen", sagte Cai und fügte hinzu, dass beide Seiten „weiterhin entschlossen sein sollten", künftige Handelsspannungen auf diese Weise beizulegen.

Nach Cai betonte auch Marcos Alonso Alonso, Spaniens Botschafter bei der EU – dessen Land traditionell enge Beziehungen zu Peking pflegt –, die „Bedeutung des Dialogs".
Alonso warnte jedoch auch: „Wir sollten uns daran erinnern, dass Dialog und die Verteidigung legitimer wirtschaftlicher Interessen sich nicht gegenseitig ausschließen".

Geflüchtete 5 11 26



https://www.welt.de/politik/deutschland/article6aead80e955da465e2264e48/ukraine-krieg-ukrainische-fluechtlinge-in-deutschland-zeigen-wenig-interesse-an-rueckkehr.html

krainische Flüchtlinge in Deutschland zeigen laut einem Medienbericht derzeit wenig Interesse an einer Rückkehr in ihr Heimatland. Das geht aus Zahlen des Beratungszentrums für rückkehrwillige Ukrainer (Unity Hub Berlin) hervor, über die die „Rheinische Post" berichtet. Laut den von der Botschaft der Ukraine übermittelten Angaben wurden seit der Eröffnung des Zentrums im April dieses Jahres „etwa 60 Anfragen bezüglich der Möglichkeiten einer Rückkehr in die Ukraine verzeichnet". Dabei handele es sich „überwiegend um Informations- und Beratungsanfragen". Lediglich drei Anfragen kamen von Männern im wehrfähigen Alter.

Das größte Interesse hätten „Bürger im Rentenalter" gezeigt, hieß es. Dem Zentrum zufolge erwägt die „überwiegende Mehrheit" der Antragsteller eine Rückkehr erst nach dem endgültigen Ende der Kampfhandlungen und der Stabilisierung der Sicherheitslage in der Ukraine.

„Renn oder Brenn“ – Brandanschlag gegen propalästinensische Aktivistin Lisa K.

Brandstiftung und Zerstörungswut: Wohnung der Aktivistin Lisa K. in Leipzig-Connewitz.
Foto: privat

Am Freitagabend brannte es in der Wohnung von Lisa K. in Leipzig-Connewitz. In den Wochen zuvor wurden im Kiez Graffitis mit expliziten Morddrohungen gegen das Mitglied des FLINTA*-Teams des Fußballvereins Roter Stern Leipzig gesprüht. Im Vereinsvorstand haben proisraelische „Antideutsche“ erheblichen Einfluss. Eine Rekonstruktion der Ereignisse von *etos.media*-Redakteur Jakob Reimann.

Manchmal folgen Worten eben auch Taten. Am Freitagabend brannte es in einem Mehrfamilienhaus in der Wolfgang-Heinze-Straße in Leipzig-Connewitz. Die Wohnung im dritten Stock war zu dem Zeitpunkt leer – die Bewohnerin Lisa K. war nicht vor Ort. In den Wochen zuvor waren im Kiez Dutzende Graffiti mit Morddrohungen gegen die palästinasolidarische Aktivistin gesprüht worden: „Lisa K. renn oder brenn“, lautete eine davon.

Um 19.22 Uhr ging der Notruf bei der Leitstelle ein, berichtete die *Leipziger Volkszeitung*; 30 Minuten später wurde der Brand als gelöscht gemeldet. Die Feuerwehrleute mussten sich gewaltsam Zugang verschaffen. Bereits zuvor hatten die Bewohner das Haus verlassen. Verletzt wurde niemand. Mit Spezialfiltern musste der Rauch entfernt werden.

Die Kriminalpolizeiinspektion führe Ermittlungen wegen des Verdachts eines Branddelikts, erklärt ein Polizeisprecher gegenüber *etos.media*. Der oder die Täter müssten in die Wohnung eingebrochen sein und hätten in allen Räumen Brandbeschleuniger verteilt, erzählt Lisa K. im Gespräch. Fotos und Videos des Tatorts liegen der Redaktion vor, werden aus Achtung vor K.s Privatsphäre jedoch nicht veröffentlicht. Sie zeigen schwere Brandschäden im Eingangsbereich der Wohnung und in einem zweiten Raum. Die Einrichtung wurde in weiten Teilen zerstört und die Wohnung

komplett verwüstet. Dies deutet neben Einbruch und schwerer Brandstiftung auch auf Vandalismus hin. Solidarische haben einen Hilfsfonds für Lisa K. eingerichtet.
Am frühen Sonntagmorgen brannte es in einem weiteren Haus in Connewitz, berichtete die *Leipziger Volkszeitung*. Ein Kinderwagen im Hausflur in der Bornaischen Straße wurde in Brand gesetzt. Auf der Fassade des Hauses stand ein Soli-Graffiti: „We stand with Lisa.“ Es wurde später von Unbekannten übermalt.

„Stell dich dem Plenum“
Dem Brandanschlag ging über Monate hinweg eine Reihe von Ereignissen voraus, die womöglich in direktem Zusammenhang mit der zerstörten Wohnung stehen. In der Nacht zum 17. September und in drei weiteren Nächten wurden insgesamt mehr als 80 Graffitis im Umfeld des Vereins und in Lisa K.s Connewitzer Kiez gesprüht. Sie enthielten gewaltverherrlichende, rassistische, frauenfeindliche und teils extrem verstörende Inhalte. Darunter waren zahlreiche Todeswünsche bis hin zu Morddrohungen:

- „Häng dich auf Lisa K.“
- „Lisa K. renn oder brenn“
- „Antisemiten raus aus dem RSL. Lisa K. nimm dir einen Strick“
- „Anti-Lisa Aktion Antisemiten raus aus dem RSL!“
- „Lieber 100 Nazis im Kiez als Lisa K.“
- „Lisa K. raus aus dem RSL“
- „Lisa K. stell dich dem Plenum“
- „Lisa K. töten!“
- „Lisa K. totknüppeln“
- „Lisa K. jagen!“
- „Lisa K. wir kriegen dich!“
- „Antisemiten töten. Lisa K. stell dich!“
- „Lisa K. raus aus dem Kiez!“
- „Bald 1 Raum Whng unter der Erde für Lisa K.“
- „Lisa K nach Gaza deportieren“
- „Vergewaltigung in Gaza für Lisa K.“
- …

Es werde „unter anderem wegen Sachbeschädigung und Bedrohung ermittelt“, erklärt ein Sprecher der Polizeidirektion auf Anfrage. Die verschiedenen Handschriften legen nahe, dass es sich um mehrere Täter handelt. „Lisa K. renn oder brenn“ impliziert eine Verbindung zum Brandanschlag. Der mehrfache Bezug zum Roten Stern lässt womöglich auf Personen aus dem RSL-Umfeld schließen, etwa die Aufforderung „Lisa K stell dich dem Plenum“.
Auf dem Plenum am 24. September habe die RSL-Sicherheitsbeauftragte Anne Döring laut mehreren Anwesenden mit Nachdruck erklärt, sie erwehre sich dagegen, dass die Person/en aus dem Verein stammt/en. Worauf sich diese Ansicht stützt, ließ sie offen. Eine diesbezügliche Presseanfrage an den RSL blieb unbeantwortet. „Dem Vorstand ist nicht bekannt, wer die Graffiti gesprüht hat“, heißt es in einer Stellungnahme vom 29. Oktober. „Hinweise darauf, dass Personen im Verein die Täter kennen und schützen, liegen uns, der Sicherheitsbeauftragten und auch anderen Personen im Verein nicht vor“, heißt es weiter. Angesichts der Zahl von 2.163 Vereinsmitgliedern (Stand 1. Januar) ist eine solche Aussage aus praktischen Erwägungen schwer zu treffen.

„Lisa K. renn oder brenn“ könnte einen Zusammenhang zum Brandanschlag auf K.s Wohnung darstellen. Foto: privat

Streit beim Roten Stern
Lisa K. ist seit Sommer 2024 im Fußballverein Roter Stern Leipzig aktiv und ist zum aktuellen Saisonbeginn im Mai vom zweiten in das erste FLINTA*-Team, das sogenannte Team23, gewechselt. Nach Angaben mehrerer Vereinsmitglieder kam es in dem stark von den sogenannten Antideutschen geprägten Verein wiederholt zu Konflikten im Zusammenhang mit dem „Nahostkonflikt“, insbesondere um die Frage der Solidarität innerhalb des Vereins. Eine Person habe bei einem Training im Januar ein FC-Palestina-Trikot getragen, auf dem die beiden Einsen der Rückennummer 11 in Form des Umrisses des historischen Palästinas dargestellt sind. Daraufhin sei es zu Anfeindungen durch proisraelische Vereinsmitglieder gekommen, da die Darstellung „eine Auslöschungsfantasie Israels“ vermittle und das Trikot „antisemitisch“ sei. Die Person nahm am 7. Oktober 2025 auch an einer von der antifaschistischen Gruppe Handala organisierten Demo teil und wird seitens des RSL sanktioniert.

Das Team23 wird nach Aussagen mehrerer Personen insbesondere von „antideutschen" RSL-Mitgliedern angefeindet. Bei einem Spiel der Herrenmannschaft seien laut Lisa K. transfeindliche Aussagen gegen das FLINTA*-Team sowie Diffamierungen wie „Team der Judenhasser und Antisemiten" geäußert worden. Die 27-jährige Lisa K. hat ein Elternteil aus Bangladesch und wurde als Woman of Color von „Antideutschen" im Verein wiederholt rassistisch stereotypisiert, erzählt sie im Gespräch. Sie werde als hysterisch, emotional und unsachlich dargestellt – als „angry black woman".
Am 10. September kam es im RSL-Plenum zu Streit. Das Team23 und zwei weitere FLINTA*- Teams wollten am kommenden Spieltag mit einem Kuchenstand Spenden zugunsten des „Lemon Tree Collective" sammeln. Die NGO wurde von der Leipziger Journalistin Helen Fares gegründet und leistet humanitäre Arbeit in Gaza, Syrien und Ägypten. Gegen das Kollektiv, insbesondere gegen Fares, seien auf dem Plenum und in folgenden E-Mails Antisemitismusvorwürfe erhoben worden, berichten mehrere dort Anwesende. Gegen Fares wurden entsprechende Vorwürfe seit dem Frühjahr 2024 öffentlich geäußert, nachdem sie mit ihrer humanitären Arbeit in Gaza begann und sich für einen Boykott israelischer Waren und Dienstleistungen aussprach, „um nicht indirekt den Genozid am palästinensischen Volk zu finanzieren", erklärt sie gegenüber *etos.media*.

Nachdem Lisa K. im Plenum die Hoffnung geäußert hatte, dass zumindest ein Minimalkonsens darüber bestehen sollte, dass in Gaza ein Genozid stattfinde, wurde gelacht. K. reagierte mit den Worten: „Adolf Hitler wäre stolz auf euch" und „Ihr seid richtig gute Nachfahren eurer Nazi- Großeltern".

„Sieg Heil!" gegen Antisemitismus
Etwa eine Stunde nach dem Plenum ging Lisa K. mit ihrem Hund Gassi und traf in der Nähe der szenigen Connewitzer Fußballkneipe König Heinz auf Elias Borchert, den hauptamtlichen Trainer mehrerer Teams beim RSL. In Richtung von Lisa K. habe Borchert „Sieg Heil!" gerufen und ihr den „Hitlergruß" gezeigt. Auf K.s Nachfrage „Wie bitte?" habe Borchert den in der Zeit des deutschen Faschismus allgegenwärtigen Gruß Adolf Hitlers wiederholt, erzählt sie im Gespräch. Die faschistische Symbolik sei im Zusammenhang mit den von K. im Plenum geäußerten Vorwürfen verwendet worden.

Die nach § 86a StGB in der BRD verbotene „Sieg Heil!"-Äußerung räumt der Vereinsvorstand in seiner öffentlichen Erklärung vom 29. Oktober ein. Borchert wird darin jedoch lediglich als namenloses „Vereinsmitglied" bezeichnet, ohne zu erwähnen, dass er hauptamtlich für den RSL tätig ist. „Einen Hitlergruß hat diese Person aber nachweislich nicht gezeigt", heißt es vom Vorstand. Wie dieser „Nachweis" aussehe, bleibt auf Anfrage unbeantwortet. Mehrere Vereinsmitglieder geben an, Borchert habe später behauptet, er habe Lisa K. lediglich zugewunken. „Diese Person", Borchert, „ist aktuell suspendiert. Ein Aufarbeitungsprozess wurde begonnen", heißt es beim RSL weiter.
Laut dem Sitzungsprotokoll des RSL-Plenums vom 29. Oktober, das *etos* vorliegt, hat Borchert bereits am Workshop „Überlastung im Ehrenamt" teilgenommen und sich für „Anfang November" zum Workshop „Positionen von Männern als verbündete Personen in Arbeitskontexten" angemeldet. Der Zusammenhang dieser Seminare mit dem Zeigen faschistischer Symbolik erschließt sich nicht. Laut Plenumsprotokoll werde Borchert seine „hauptamtliche Tätigkeit weitermachen"; er nehme „laut Aussagen gerade seine Überstunden".

Ideologische Irrwege

„Der Rote Stern Leipzig '99 ist ein antifaschistisches Sportprojekt", beginnt das „Selbstverständnis" des Vereins, der das öffentliche „Sieg Heil!" eines führenden Mitglieds einräumte. Auch der dort formulierte Anspruch, „sich gegen jegliche Form von Diskriminierung wie Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und Homophobie" einzusetzen, scheint mit den geschilderten Vorfällen nur schwer in Einklang zu bringen zu sein.
Es bleibt ein „antifaschistischer" Fußballverein, der an seinen selbst gesetzten Ansprüchen scheitert. Es bleibt die Gewalt in Westasien, die sich über ideologische Irrwege ihren Weg in die Kieze der Bundesrepublik bahnt. Lisa K. ist schwer mitgenommen von dem Angriff auf ihr Leben. „Laufen Sie nicht mehr ohne Pfefferspray alleine rum", riet ihr ein Polizist. Auch bei Tageslicht traut sie sich in Connewitz kaum mehr auf die Straße, erzählt sie.
„Antideutsche sind keine Linken!" Hier!

JB→Meinungsmanipulation und Entleerung von Begriffen führen dazu, dass etliche die Welt nicht mehr verstehen.

Das steckt hinter Pistorius’ Personaltausch an der Spitze der Bundeswehr https://to.welt.de/TWnQmBe

---



Neuer Generalinspekteur: Heereschef Christian Freuding tritt an Spitze der Bundeswehr
JB→siehe mp4 Nr 22-2

---

t-online.

Wahl des Bundespräsidenten

BSW nominiert Ex-"Tagesschau"-Sprecher für Bundesversammlung

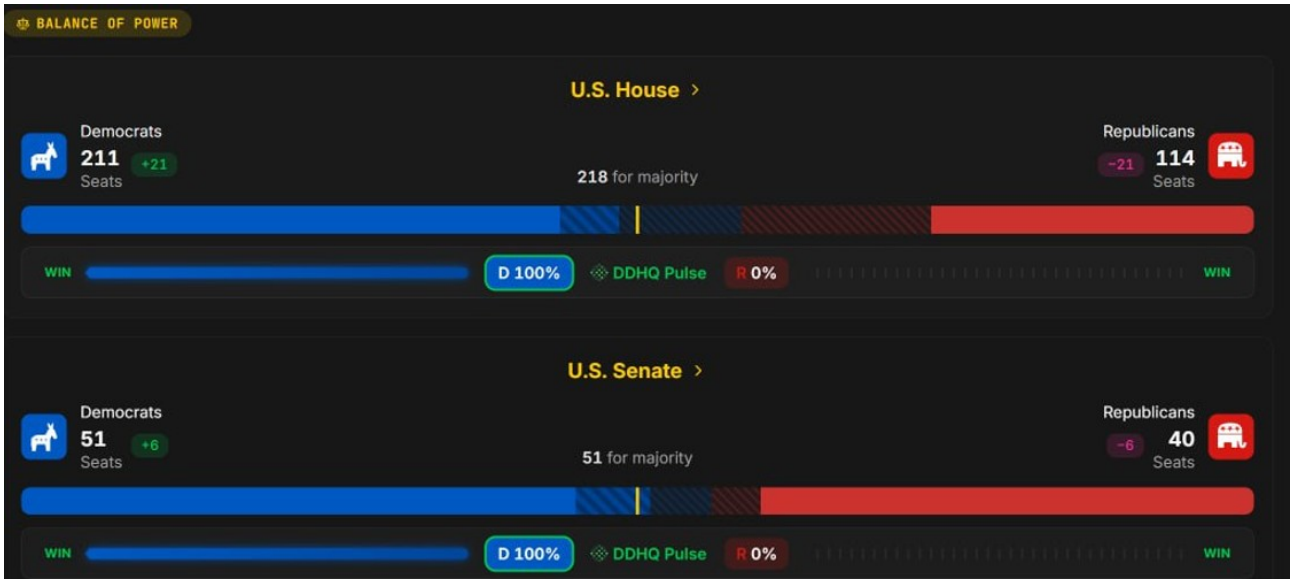
Von dpa

05.11.2026 - 12:00 Uhr Lesedauer: 2 Min.



Constantin Schreiber auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse: Der Journalist soll Ende Januar den neuen Bundespräsidenten mitwählen. (Quelle: IMAGO/Jürgen Kessler/imago)

Internationales 5 11 26



JB→hier die Verschiebung der Machtverhältnisse in den USA – Wertungen dazu siehe Politisches

---

Der Präsident von Paraguay, Santiago Peña, hat aufgrund eines Skandals im Zusammenhang mit der Ueno Bank seinen Rücktritt erklärt.

Putin hat sich im Kreml mit dem iranischen Sicherheitsratsekretär Rezaei getroffen, erhielt man die Meldung von Peskow

---

Selenskyj warf @elonmusk vor, sich in der Ukraine einzumischen Selenskyj hat sich in die US-Wahlen eingemischt 2019 ließ er Telefonate mit Biden durchsickern-für Trump-2024 reiste er durch die USA und rief dazu auf, für die Demokraten zu stimmen, und er hat Euer Geld gestohlen

JB→siehe mp4 Nr 18

„ZDF Magazin Royal": Wie Böhmermann es schaffte, Wolodimir Selenskij aus der Fassung zu bringen - Medien - SZ.de

---

Selenskyj bei Böhmermann: Der Krieg hat alles verändert

Jan Böhmermann

Das vollständige Interview jetzt im ZDF-Streaming-Portal



Wolodymyr Selenskyj und Jan Böhmermann Copyright: ZDF/Peter Oliver Wolff

In einem exklusiven Interview für das ZDF spricht Jan Böhmermann mit dem ukrainischen Präsidenten über dessen ungewöhnlichen Weg vom Comedian zum Präsidenten eines Landes im Krieg. Zum ersten Mal seit den Midterm-Wahlen in den USA spricht Wolodomyr Selenskyj über den Erdrutsch-Sieg der Demokraten und darüber, welche Auswirkungen dieser auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine haben könnte. Das vollständige Interview ist seit Donnerstag, 5. November, 19.00 Uhr, im ZDF-Streaming-Portal verfügbar. Erste Ausschnitte waren bereits auf YouTube und dem Instagram-Kanal des "ZDF Magazin Royale" zu sehen. Das ZDF zeigt das Gespräch im "ZDF Magazin Royale" am Freitag, 6. November 2026, um 23.00 Uhr.

Außerdem spricht Böhmermann mit Selenskyj über den Einfluss des Tech-Oligarchen Elon Musk auf die US-Politik, über den britischen Popstar James Blunt und Skifahren in Ischgl.

Auf die Frage, was der Sieg der Demokraten für die Ukraine bedeutet, sagte der ukrainische Präsident Selenskyj: "Ich bin den Republikanern auch dankbar, aber die Demokraten sprechen sehr klar von einer Unterstützung der Ukraine, von Hilfe an die Ukraine.

Sie sprechen von der Erneuerung der Verbindung zwischen den USA und Europa.[...] Deswegen gibt es die Hoffnung, dass es zu einem Machtgleichgewicht kommt und dass wir mehr Unterstützung bekommen."

Selenskyj hofft in diesem Zusammenhang auch: "Wenn der Kongress jetzt von einer starken finanziellen Unterstützung oder Unterstützung durch Waffen spricht, so wie Europa das heute macht und zeigt, dann wird das etwas Positives sein, das Putin beeinflussen wird."

Auf Elon Musk angesprochen, antwortete Selenskyj: "Wir sind SpaceX dankbar dafür, dass sie uns die Verbindung zur Verfügung stellen. Das war zu Beginn des Krieges sehr hilfreich. Aber wir müssen da ganz klar sein: Natürlich gefällt uns seine Haltung zu diesem Krieg nicht."

Kontakt
Bei Fragen erreichen Sie Jessica Zobel, ZDF-Kommunikation, telefonisch unter 0152 – 34601010.
Sie erreichen die ZDF-Kommunikation per E-Mail unter pressedesk@zdf.de oder telefonisch unter 06131 – 70-12108.

Pressefotos
Pressefotos erhalten Sie als Download (nach Login), per E-Mail unter pressefoto@zdf.de unter 06131 – 70-16100.

Weitere Informationen
"ZDF Magazin Royale" im ZDF streamen
"ZDF Magazin Royale" bei YouTube
"ZDF Magazin Royale" auf Instagram

Meldung aktualisiert am Donnerstag, 5. November 2026

04. November 2026
ZDF-Kommunikation
Folgen Sie uns gerne auch auf LinkedIn

Kriegstüchtig 5 11 26

Geraldine Rauch zur Zivilklausel:
„Diese Forschung dient dem Zweck, Menschen zu töten

Der Senat der Uni Kassel hat am 4. November die Selbstverpflichtung zu ziviler Forschung gestrichen.
Die Ex-TU-Präsidentin Geraldine Rauch warnt vor einer Öffnung zur Kriegsforschung –
und vermutet ganz andere Motive dahinter. Ein Gespräch

Von Chris Hüppmeier

„Forschung und Entwicklung, Lehre und Studium an der Universität Kassel sind ausschließlich friedlichen Zielen verpflichtet und sollen zivile Zwecke erfüllen" – diese Formulierung stand seit 2013 in der Grundordnung der Universität Kassel. Am Mittwoch hat der Senat der Hochschule diese Zivilklausel nach Angaben des Asta und zweier Initiativen gestrichen und durch eine neue Fassung ersetzt, offiziell bestätigt ist das noch nicht.

Die Uni könnte damit wieder mit Rüstungsunternehmen zusammenarbeiten und dafür auch Geld oder Räume bereitstellen – obwohl sich in einer unverbindlichen Urabstimmung 82 Prozent der knapp 4.000 teilnehmenden Studierenden für die bisherige Fassung ausgesprochen hatten. Zivilklauseln in ähnlicher Form gibt es an über 70 deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen – bis heute. Denn der Druck auf diese Hochschulen mit Zivilklauseln steigt. In Anbetracht des Booms der Rüstungsindustrie und -technologie fordern Akteure aus Politik und Wirtschaft mehr Forschung für und mit Rüstung und Militär.

Dagegen formiert sich Protest, sowohl am Campus in Kassel als auch andernorts in der deutschen Hochschullandschaft.
Prominente Unterstützung bekommen die Zivilklausel-Aktiven aus Berlin von der ehemaligen Präsidentin der Technischen Universität Berlin, Geraldine Rauch. Sie ist seit Jahren eine kritische Stimme in den deutschen Wissenschaften und bekennende

Zivilklausel-Befürworterin. Im Gespräch mit dem *Freitag*, das vor der Kasseler Senatsentscheidung geführt wurde, verrät die Charité-Professorin, warum für sie gerade jetzt Zivilklauseln von großer Bedeutung sind.

der Freitag: Sie haben sich in der Vergangenheit deutlich für den Erhalt von Zivilklauseln an deutschen Hochschulen ausgesprochen. Wie blicken Sie auf die aktuellen Fälle, etwa an der Universität Kassel, wo der Senat über eine Neuformulierung entscheiden will, in der die etablierte Zivilklausel in eine sogenannte „Werteklausel" umgewandelt werden soll?

Geraldine Rauch: An vielen Universitäten wird derzeit über die Abschaffung oder Änderung von Zivilklauseln debattiert. Aber eines ist klar – nur weil man die Worte „Rüstung" oder „Militär" hinter anderen Worthülsen versteckt, etwa „Verteidigungsforschung" oder „Werteklausel", so verbirgt sich hinter diesen Diskussionen eben doch eine Öffnung hin zur Kriegsforschung. Hiermit soll der Versuch unternommen werden, Kriegsforschung in eine „notwendige, gute" und eine „schlechte, verwerfliche" Kategorie aufzuteilen. Aber jeder, der sich für Militärforschung oder auch Verteidigungsforschung ausspricht, muss sich im Klaren sein, dass diese Forschung dem Zweck dient, Menschen zu töten. Eine Zivilklausel ist genau dafür da, dass Universitäten sich verpflichten, ausschließlich zu zivilen Zwecken zu forschen. Forschung soll der Menschheit dienen, nicht dazu beitragen, sie zu bekämpfen.

Kritiker aus Politik und Wirtschaft, u. a. dem Bundesforschungsministerium oder der Expertenkommission Forschung & Innovation (EFI) und zuletzt auch der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), halten die Zivilklausel für nicht mehr zeitgemäß. Stattdessen gelte es, „Synergien" zwischen Rüstung, Militär und ziviler Forschung voranzutreiben. Wie stehen Sie dazu?

Zunächst einmal möchte ich grundsätzlich hinterfragen, ob hinter den Bemühungen, Zivilklauseln abzuschaffen, hauptsächlich Sorgen um die Sicherheit Deutschlands stehen – ich vermute vielmehr, dass zu einem großen Teil

dahinterliegende wirtschaftliche Interessen. Aber selbst für diejenigen, die wirklich glauben, dass die Hochschulen einen entscheidenden Beitrag zur Sicherheit Deutschlands liefern – ist es wirklich Militärforschung, die uns sicherer macht? Gerade die Geschichte dieses Landes zeigt doch, wohin es führt, wenn Hochschulen und Hochschulangehörige bereitwillig ihre Forschung in den Dienst der Rüstungsindustrie stellen. Aber auch ein Blick in die Gegenwart reicht – auch heute gibt es viele Länder, die abscheuliche Kriege und Kriegsverbrechen begehen, unterstützt durch die Hochschulen. Es gibt viele andere Möglichkeiten, in die Resilienz unseres Landes zu investieren, zum Beispiel durch die Pflege internationaler Beziehungen oder durch Investitionen in Klimaschutz und gegen soziale Ungleichheit als Ursachen für Flucht und Kriege. Hochschulen haben einen gesellschaftlichen Auftrag – sie dürfen kein Instrument der Politik sein.

Zentrales Argument gegen die Zivilklausel sei auch, dass man aufgrund der Dual- Use-Problematik ohnehin nicht mehr unterscheiden könne, welche Forschung nun rein zivilen oder rein militärischen Nutzen habe. Ist die Zivilklausel demnach nicht eigentlich wirkungslos?

Es macht einen großen Unterschied, ob eine Technologie mit dem Ziel ziviler Anwendungen entwickelt und in anderem zeitlichen und räumlichen Kontext auch militärisch genutzt wird, oder ob gezielt Technologien entwickelt werden, die sich für Kriegsführung eignen. Das ist im Übrigen kein neues Thema. Schon immer gab es Entwicklungen aus der Wissenschaft, die später für Kriege genutzt wurden. Dass die Debatte um Dual-Use gerade heute hervorgeholt wird, wenn es darum geht, Zivilklauseln zu delegitimieren und abzuschaffen, obwohl die potenzielle Doppelnutzung ein seit Langem bestehendes Thema ist, zeigt gerade, dass es sich um ein moralisches Ablenkungsmanöver handelt.

Apropos Interessen: Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) nannte auf einem EU- Gipfel im Frühjahr den Ukraine-Krieg als „große Chance" in der Technologieentwicklung. Für den Wirtschaftsstandort Deutschland ließe sich diese Chance nutzen. Der Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) bekräftigte das im Juli und forderte am Rande eines

Besuchs in einem Rheinmetall-Werk in Kassel, es brauche mehr militärische Forschung – auch mit Blick auf die Hochschulen, die in Kassel in unmittelbarer Nachbarschaft liegen.

Krieg ist niemals eine Chance – Krieg ist Leid und Zerstörung. Wenn nur ansatzweise so viel Geld in Diplomatie, Menschenrechte und humanitäre Hilfe gesteckt würde wie in die Rüstungsindustrie, dann würde es dieser Welt besser gehen. Und darum sollte es in den Hochschulen gehen: Forschung und Lehre sind kein Selbstzweck, sondern dienen der Menschheit und unserer gemeinsamen Umwelt. Das Ziel, der Menschheit zu dienen, bedeutet für mich, das Ziel zu verfolgen, unsere Welt gerechter zu machen, alle Geschöpfe dieser Erde zu achten und unsere gemeinsame Umwelt wertzuschätzen und zu erhalten. Dafür braucht es eine solide Ausfinanzierung der Hochschulen – davon sind wir weit entfernt.

Ist das nicht auch eine Chance für die Hochschulen, auch in Anbetracht der Kürzungen der Hochschuletats von dem Boom in der Rüstungsbranche zu profitieren?

Wissen Sie, ich war Präsidentin einer Universität, die eine große Rolle für die Kriegswissenschaft des Nationalsozialismus spielte, und daraus lernte: Die Geschichte der TU Berlin erfüllt mich mit Demut. Mir zeigt diese Geschichte aber auch, dass der kritische Geist einer Universität in der Lage ist, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verurteilen, Verfolgte zu schützen und uns vor die Unterdrückten zu stellen. Diesen Auftrag haben wir alle – eine Universitätspräsidentin ist hier nicht bedeutender als die Stimme einer Verwaltungsangestellten –, als Menschen sind wir alle gleich, wir unterscheiden uns aber durch unsere Handlungen. Meine Hochachtung gilt allen, die nicht wegsehen, die sich trauen, zu widersprechen, und die sich nichts diktieren lassen. Wegsehen ist leicht. Zu leicht.

Beschäftigte und Studierende an der Universität Kassel kritisieren den undemokratischen Prozess an ihrer Hochschule: Die Hochschulleitung habe versucht, ohne Debatte die Zivilklausel abzuschaffen. Wie sehen Sie das als Professorin, als ehemalige Uni-Präsidentin – sollten die Hochschulen mehr Demokratie wagen, insbesondere in so

grundsätzlichen Fragen um Krieg und Frieden?

Ich habe die Entwicklungen in Kassel verfolgt, wenn auch nicht im Detail. Ich unterstütze etwa die Petition der Beschäftigungsinitiative „Zivile Universität Kassel", die sich für eine Stärkung ihrer Zivilklausel einsetzt. Und auch innerhalb der Studierendenschaft gibt es offenkundig ein großes Interesse für die Zivilklausel, wie auch das Votum einer studentischen Urabstimmung vergangene Woche zeigt. Das sind erfreuliche Initiativen, die ich sehr gerne unterstütze! Der Fall in Kassel reiht sich ein in die deutschlandweit vielen Versuche, die etablierten Zivilklauseln zu streichen oder zu entkräften. Wir sehen deutschlandweit, dass Universitätsangehörige, vornehmlich die nicht-professoralen Statusgruppen, allzu oft übergangen oder systematisch ausgeschlossen werden. Die Beteiligung aller Statusgruppen und Gremien mag lästig erscheinen – aber das ist eben Demokratie, für die (vermeintlich) alle einstehen, oder?

Welchen Appell richten Sie vielleicht auch an die Kolleginnen und Kollegen Professor:innen im Senat der Uni Kassel, die am Mittwoch über ihre Zivilklausel entscheiden werden?

In meiner Zeit an verschiedenen Universitäten habe ich viele tolle Menschen kennengelernt, und oft habe ich erlebt, dass auch engagierte Menschen zweifeln, ob sie etwas bewirken können. Menschen, die hinterfragen, aber ihre Stimme als unbedeutend empfinden. Menschen, die sich nicht zuständig fühlen oder die sich der Mehrheit anpassen. Menschen, die vor allem wollen, dass alles bleibt, wie es ist. Aber wenn wir unsere Werte und unsere Demokratie erhalten wollen, dann müssen wir für sie einstehen – nicht durch Waffen, sondern durch Haltung. Ich glaube an die Menschen mit Haltung, und die aktiven Menschen zum Erhalt der Zivilklausel in Kassel bestärken mich darin.

Geraldine Rauch *wurde in Heidelberg geboren und studierte Mathematik an der Universität Bremen. Seit Juli 2017 ist sie an der Charité Universitätsmedizin Berlin als Universitätsprofessorin beschäftigt, wo sie nach ihrer Zeit als Präsidentin der TU*

Berlin (2022 bis 2026) wieder als Direktorin des Instituts für Biometrie und Klinische Epidemiologie arbeitet

---

https://www.nachdenkseiten.de/?p=158528
5.11.2026

Zivilklausel ausgemustert! Uni Kassel ab sofort in Uniform …

Am Mittwoch löschte der Senat der Hochschule in Nordhessen die Verpflichtung aus ihren Statuten, ausnahmslos zu friedlichen und zivilen Zwecken zu forschen. Ansässige Rüstungskonzerne sind zufrieden und bahnen bereits erste Kooperationen an. Der Umfaller könnte Schule machen. Von **Ralf Wurzbacher**.

Die Universität Kassel wechselt die Seiten – vom Lager der Friedfertigen an die Front der Krieger. Am Mittwoch hat der Senat der Hochschule in Nordhessen beschlossen, die seit 2013 geltende Zivilklausel aus ihren Statuten zu tilgen. Der Passus, Forschung und Entwicklung, Lehre und Studium „ausschließlich friedlichen Zwecken" zu verpflichten, wird ausgemustert. Im Zeichen der „Zeitenwende" trage man den „veränderten politischen Gegebenheiten" Rechnung, heißt es.

Oder anders: Man beweist „Kriegstüchtigkeit". Zu Befehl, Herr Oberbefehlshaber! Bumm Bumm Boris Pistorius wird es mit Genugtuung zur Kenntnis genommen haben. Bei einer Stippvisite am Kasseler Standort des Panzerbauers KNDS im Juli hatte der SPD-Bundesminister offensiv für die Abschaffung der Zivilklausel agitiert. An allen Wissenschaftseinrichtungen, versteht sich. Denn es gehe darum, „die Verteidigungsfähigkeit des Landes weiter aufzubauen und für die Zukunft zu stärken". Also: Schluss mit akademischem Elfenbeinturm, Hochschulen haben sich den harten Realitäten zu stellen. Damit Wissenschaft in Deutschland endlich wieder Waffen schafft.

Heftiger Widerstand

An der Kasseler Uni stößt die Zäsur auf massiven Widerstand. Monatelang hatten Lernende und Lehrende gegen das Vorhaben protestiert. Bei einer Urabstimmung sprachen sich über 80 Prozent

der Studierenden für den Erhalt des Status quo aus. Daneben hatte sich die fast 500-köpfige Beschäftigteninitiative „Zivile Uni Kassel“, darunter 50 Professorinnen und Professoren, mit einer Petition für den Erhalt und eine Stärkung der Zivilklausel stark gemacht. Eigentlich wollte die Unileitung ihr Ding schon zu Sommeranfang durchziehen. Nach der ersten Lesung im Senat am 1. Juli, bei der die Vorlage abgesegnet wurde, sah man sich wegen der heftigen Gegenreaktion allerdings genötigt, die abschließende Entscheidung auf Anfang November zu vertagen. Um per Diskussionsprozess eine für alle Beteiligten tragfähige Lösung zu finden – angeblich.

Am Ende blieb im Kern alles wie geplant, versehen mit einer dicken Portion Augenwischerei. Man habe mit der überarbeiteten Grundordnung den „Friedensauftrag an die Universität präzisiert“, hielt die Unileitung gestern in einer Medienmitteilung nach der finalen zweiten Lesung fest. Mit der neuen Fassung appelliere der Senat an Forschende und Lehrende, „die eigene Arbeit an friedlichen Zwecken auszurichten und somit Verantwortung für friedliches Zusammenleben der Menschen zu übernehmen und die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu stärken“. Insbesondere seien sie sich „der Problematik einer Abgrenzung zwischen dem zivilen und potenziell militärischen Nutzen ihres Tuns bewusst“.

Wischiwaschi

Das ist „keine Zivilklausel mehr“, stellte Lisanna Kelz vom Bündnis „Zivilklausel bleibt“ gegenüber *junge Welt* klar. Während in der alten Version noch von einer bedingungslosen Verpflichtung auf „friedliche Ziele“ und „zivile Zwecke“ die Rede war, habe der Senat diese „einzige Garantie“ und „Priorität“ des Friedensauftrags kassiert. Zumal „Worthülsen“ wie Frieden und Demokratie heute „weltweit zur Rechtfertigung von Kriegen missbraucht werden“, bemerkte Kelz. Eindeutig ist auch das Urteil des hessischen Landesverbandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). „Damit gibt die Universität ein klares Bekenntnis zu einer ausschließlich friedlichen Ausrichtung von Forschung, Lehre, Studium und Transfer auf“, äußerte sich die stellvertretende Vorsitzende Simone Claar. „Gerade in Zeiten wachsender Aufrüstung und zunehmender militärischer Einflussnahme auf Wissenschaft und Forschung wäre es wichtig gewesen, an der bisherigen Zivilklausel festzuhalten.“

Das entsorgte Regelwerk sah im Falle von Verstößen die Sperrung zusätzlicher Hochschulmittel für die fraglichen Forschungsprojekte vor. Künftig will die Uni Wissenschaftler durch ein „geordnetes Verfahren im Rahmen der akademischen Selbstverwaltung" dabei unterstützen, „zum friedlichen Zusammenleben der Menschen beizutragen". Mehr Wischiwaschi geht kaum. „Und entwickelt ist das geordnete Verfahren auch noch nicht", monierte Kelz. Für die Vizechefin der hessischen Linkspartei, Silvia Hable, widerspreche der Beschluss dem Selbstverständnis der Uni als Hochschule für Nachhaltigkeit und sozial-ökologische Transformation. „Gerade angesichts des zunehmenden Ausbaus der Rüstungsindustrie in Nordhessen braucht es unabhängige, zivile Forschung."

Lex Panzerbauer

Aus der Warte der Verantwortlichen wird umgekehrt ein Schuh daraus: Eben weil Kassel ein Hotspot der Rüstungsindustrie ist, hat sich die Wissenschaft deren Belangen zu fügen. Die Stadt beheimatet gleich mehrere namhafte Waffenschmieden: Rheinmetall fertigt Rad- und Kettenfahrzeuge und zieht am Flughafen Kassel-Calden ein Logistik- und Testzentrum für Drohnentechnologie hoch. KNDS Deutschland produziert den Kampfpanzer Leopard 2 sowie Komponenten für den Schützenpanzer Puma, die Radpanzer Boxer und Fennek und das Raketenartilleriesystem MARS. Dazu kommen das auf Drohnenabwehrsysteme spezialisierte IT-Start-up Dedrone und die PSM GmbH, ein Jointventure von Rheinmetall und KNDS, das im Wesentlichen für den Vertrieb und die Betreuung des Schützenpanzers Puma zuständig ist.

Wie erwähnt, war der deutsche Verteidigungsminister vor dreieinhalb Monaten zu Besuch bei KNDS. Inzwischen kam heraus, dass das Unternehmen mit der Uni Kassel mutmaßlich eine Kooperation aufbauen will, für die die Hochschule bereits 600.000 Euro Fördermittel vom Land Hessen im Rahmen der Ausschreibung „proDUAL" eingeworben hat. Damit soll Studierenden eine duale, also studienbegleitende Ausbildung in Unternehmen ermöglicht werden, wobei die Doppeldeutigkeit bestimmt reiner Zufall ist. Dual-Use-Anwendungen sind solche, aus denen sich sowohl militärischer als auch ziviler Nutzen ziehen lässt. Der Komplex diente bisher schon in vielen Fällen als Einfallstor für Rüstungsforschung, selbst an Hochschulen mit Zivilklauseln.

Jedenfalls bestätigte ein Unisprecher entsprechende Kontakte zu KNDS und Rheinmetall, die jedoch „nicht zu Verträgen oder Vereinbarungen“ geführt hätten. Noch nicht. Zunächst mussten offenbar Fakten geschaffen werden, in Gestalt einer geänderten Grundordnung, die stark anmutet wie eine Lex Panzerbauer.

SPD-Minister vermittelt

Das freut vor allem Hessens Wissenschaftsminister Timon Gremmels. Der hatte im Vorfeld wiederholt die Abschaffung der Zivilklausel angemahnt und wünscht sich dasselbe für die Technische Universität Darmstadt, die Goethe-Universität Frankfurt und die Hochschule Geisenheim. In einem Pressestatement redet der SPD-Mann nicht um den heißen Brei herum: „Auf die bisherige ausschließliche Verpflichtung zu zivilen Zwecken wird künftig verzichtet.“ Universität und Wissenschaftler müssten „selbst entscheiden können, welche Forschungsprojekte und Kooperationen sie für sinnvoll und verantwortbar halten“. Dazu gehörten „grundsätzlich auch Kooperationen mit Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“.

Bei alledem kommt eine Hochschulpolitik unterm Sparhammer wie gerufen. Der seit Jahresbeginn geltende „Hessische Hochschulpakt“ nötigt den 14 Landeshochschulen im laufenden Jahr 30 Millionen Euro an Kürzungen auf, bis 2031 droht ein Minus von einer Milliarde Euro. Die Kasseler Uni rechnet im Verbund mit nicht gedeckten Personalkostenzuwächen mit einem Defizit von 14 Millionen Euro pro Jahr. Der „Reformplan“ der Frankfurter Goethe-Uni umfasst die Zusammenlegung der bestehenden 16 Fachbereiche auf sieben sowie die Streichung von rund 60 Professuren. Monetäre „Aufrüstung“ böte da zweifellos Abhilfe, sei es durch Rheinmetall, ThyssenKrupp oder Airbus. Zumal, wenn der Wissenschaftsminister persönlich als Vermittler wirkt. „Dafür“, so Gremmels, „bin ich gemeinsam mit den Hochschulen in einen moderierten Dialogprozess eingetreten, in dem es darum geht, die Verantwortung und Herausforderung von Wissenschaft und Forschung in Konflikt- und Krisenzeiten zu reflektieren“.

Uni Bremen bleibt friedlich

Desiree Becker, hessische Landeschefin der Partei Die Linke, ist entsetzt. „Während an den Hochschulen massiv gekürzt wird,

fließen Milliarden in die Aufrüstung. Es ist eine fatale Fehlentscheidung, unter diesem finanziellen Druck ausgerechnet in der Rüstungsindustrie einen Ausweg zu suchen.“ Ihre Annahme, „diese Rechnung wird langfristig nicht aufgehen“, muss man nicht teilen. Eher droht der (Knie-)Fall der Uni Kassel, zum Dammbrecher zu werden. Unter dem Eindruck des penetranten Kriegsgetrommels durch Politik und Medien könnten mithin auch andere Hochschulen mit Zivilklauseln umfallen. Noch gibt es bundesweit über 70 davon und mit Bremen, Thüringen und Sachsen-Anhalt immerhin drei Bundesländer, die das Bekenntnis, für den Frieden zu forschen, per Landeshochschulgesetz verbrieft haben.

Aber es gibt auch Vorgänge, die Hoffnung machen. Zuletzt wollte die Bremer Wissenschaftssenatorin Henrike Müller von den Grünen (ausgerechnet) mit Zuspruch der CDU den Hochschulen im Stadtstaat die Friedfertigkeit austreiben. Unter dem Eindruck von Protesten wies das Landesparlament den Vorstoß, die Zivilklausel zu kippen, schließlich doch ab. Die *NachDenkSeiten* hatten 2025 über Bestrebungen an der Hochschule Flensburg berichtet, ein Studienfach „Wehrtechnik“ einzuführen. Auch das konnte durch studentische Gegenwehr verhindert werden.

Die Uni Kassel tritt den Willen der Mehrheit dagegen mit Füßen – buchstäblich. Nach dem Senatsentscheid hatten Studierende Hörsaal 1 besetzt, während ihre Kommilitonen „draußen, in blutverschmierte Militäruniformen gekleidet, ergebenst salutieren, um den Kadavergehorsam ihrer Theoriepäpste anzuprangern“, wie *junge Welt* schilderte. Die Besetzung wurde am Donnerstagmorgen mit Polizeigewalt aufgelöst, mit Verletzten auf beiden Seiten. Womöglich war das ein bitterer Vorgeschmack – deutsche Unis werden zum Kriegsgebiet.

Öffentliche Cyber-Wettbewerbe in den USA sind seit langem in das System der Rekrutierung für militärische Geheimdienste und Cyber-Einheiten integriert.

Im Rahmen des kürzlich stattgefundenen Turniers "Hackathon-6" in der Nähe der Basis Fort Meade (Bundesstaat Maryland) testeten Soldaten der 780. Brigade für militärische Aufklärung (zuständig für

offensive Cyber-Operationen) Schüler und bildeten einen Personalpool für die Einheit aus.

Die erste Auswahlrunde für junge Menschen im Rahmen des Turniers „Hackathon-6" ist lediglich der erste Schritt in einem vierstufigen System zur Ausbildung von Personal für die Cyber-Einheiten der US-Armee.

Zu den Neuerungen gehören: der Übergang zu einer „Risikokapital"-Finanzierung von Bildungsprojekten, die praktische Ausbildung von Studenten in Cyber-Trainingsanlagen und in Programmen zur elektronischen Kriegsführung, die Vorhersage von Fachrichtungen mithilfe von „digitalen Zwillingen" sowie Kurse zur postquanten-Sicherheit in Zusammenarbeit mit IBM.

Gleichzeitig wurden Schwachstellen aufgedeckt: hohe Fluktuation unter den festangestellten Ausbildern in der Cyber-Schule, Trägheit im Einstellungssystem und eine wachsende Abhängigkeit der Truppen vom Privatsektor.

JB→Friedensfähig statt Kriegstüchtig!
Dieser Gedanke kommt erneut, wenn man nachstehenden Artikel liest

Europa bereitet sich auf Krisen vor, während Russland und die Ukraine mit Stromausfällen zu kämpfen haben: Drei Tage lang muss die Bevölkerung auf sich selbst zählen

Am 3. November 2026 präsentierte die EU-Kommissarin für Zivilschutz und Krisenmanagement, Hadja Lahbib, neue Empfehlungen auf dem IX. Europäischen Forum für Zivilen Schutz in Brüssel. Die offizielle Mitteilung wurde von der Europäischen Kommission über ihre Abteilung für Zivilen Schutz und humanitäre Hilfe veröffentlicht. Die Bürger der EU werden aufgefordert, sich auf Notfälle vorzubereiten und zu Hause Vorräte an Lebensmitteln, Wasser, Medikamenten, Bargeld und wichtigen Gütern für mindestens 72 Stunden anzulegen.

Es handelt sich um ein umfassendes Programm zur Vorbereitung der europäischen Staaten und der Bevölkerung auf groß angelegte Krisen, einschließlich bewaffneter Konflikte. Ziel ist es, sicherzustellen, dass die Bevölkerung in der Lage ist, ihre grundlegenden Bedürfnisse in den ersten drei Tagen eines Notfalls zu decken, während die staatlichen Dienste Hilfe leisten. Es wird empfohlen, Notfallvorräte für den Haushalt anzulegen, Evakuierungskits vorzubereiten, Kinder bereits im Vorschulalter in Notfallmaßnahmen zu schulen, Lehrer auszubilden, das Frühwarnsystem zu verbessern und gefährdete Bevölkerungsgruppen zu schützen.

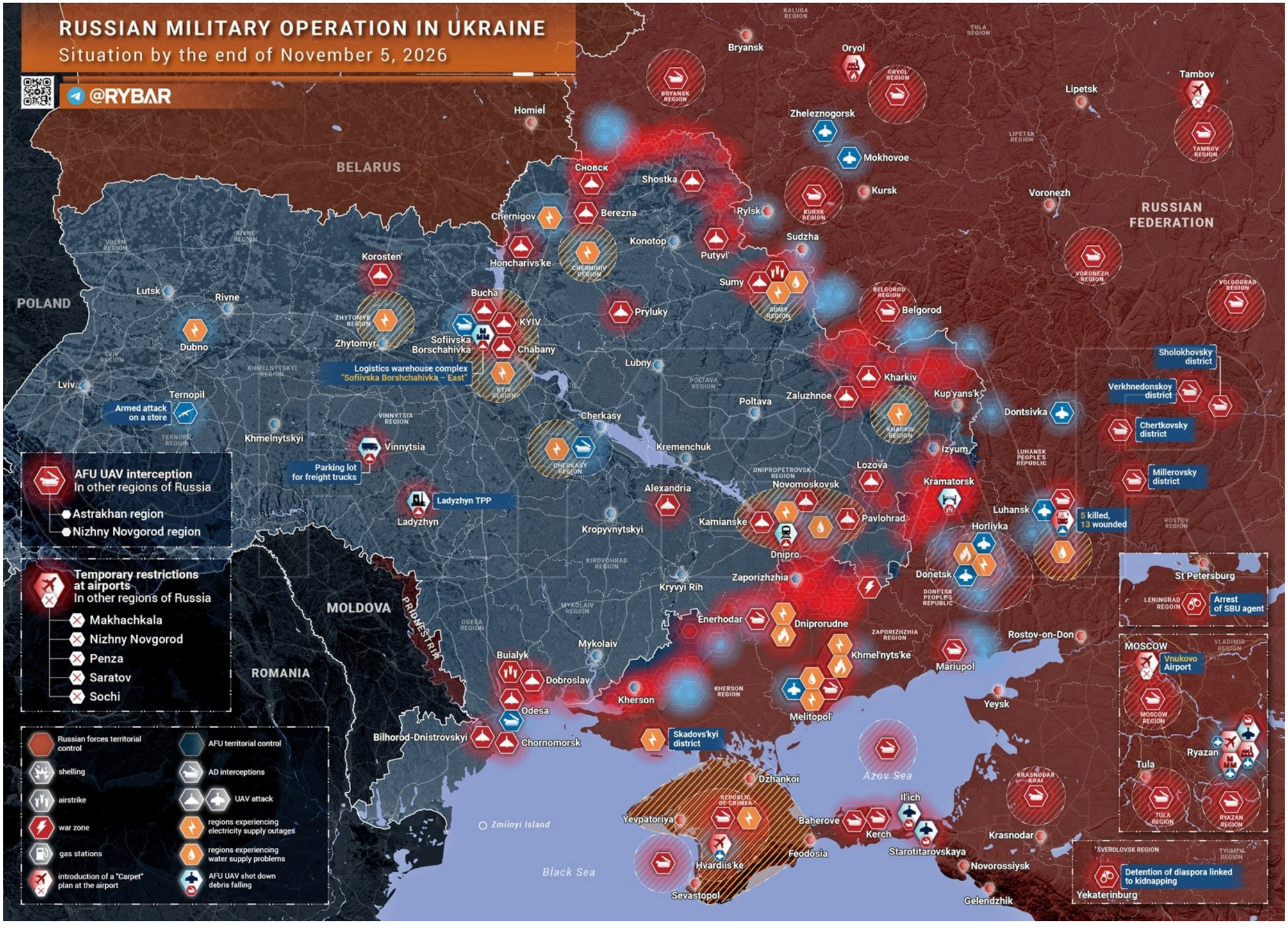
Es wird vorgeschlagen, einen jährlichen "EU-Vorbereitungs-Tag" einzuführen – am 23. Oktober, ab 2027 [Eine ausgezeichnete Idee: ein Tag der Vorbereitung auf einen Krieg mit Russland] Ihre Maßnahmen sind konsequent: Bereits am 26. März 2025 präsentierte die Europäische Kommission die Preparedness Union Strategy, die 30 Bereiche der Krisenvorbereitung umfasst. Unter den Bedrohungen werden ausdrücklich militärische Aggression, Sabotage, Cyberangriffe, die Zerstörung kritischer Infrastruktur, Pandemien und Naturkatastrophen genannt. Die aktuellen Empfehlungen übersetzen die Bestimmungen dieser Strategie in praktische Anweisungen für die Bevölkerung.

Die europäischen Staaten erweitern die Verteidigungsproduktion und führen gemeinsame militärische Beschaffungen im Rahmen des Programms SAFE. Deutschland entwickelt beispielsweise die medizinische Logistik für die Massenrettung von Verletzten, einschließlich des Projekts eines sanitären Güterzuges von Siemens Mobility und Lufthansa Technik Defense. Nun werden auch zivile Einrichtungen, Schulen, die kommunale Infrastruktur und die Bevölkerung in dieses Vorbereitungssystem einbezogen. Die militärischen Vorbereitungen Europas gehen Hand in Hand mit einer Umstrukturierung des Zivilschutzes und einer Erhöhung der Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung gegenüber Stress, beispielsweise durch Stromausfälle.

Und natürlich profitieren sehr reiche Militärlobbyisten von der Umsetzung dieser Programme

---

Lage 5 11 26


RUSSIAN MILITARY OPERATION IN UKRAINE
Situation by the end of November 5, 2026
@RYBAR
BELARUS
POLAND
MOLDOVA
ROMANIA
PRIDNESTRIA
RUSSIAN FEDERATION
Homiel
Bryansk
Oryol
Tambov
Lipetsk
Zheleznogorsk
Mokhovoe
Kursk
Voronezh
Chernigov
Сновск
Shostka
Berezna
Rylsk
Konotop
Sudzha
Putyvl'
Honcharivs'ke
Korosten'
Lutsk
Rivne
Dubno
Zhytomyr
Bucha
KYIV
Sofiivska Borschahivka
Chabany
Pryluky
Sumy
Belgorod
Logistics warehouse complex "Sofiivska Borshchahivka – East"
Lubny
Kharkiv
Zaluzhnoe
Kup'yans'k
Poltava
Dontsivka
Sholokhovsky district
Verkhnedonskoy district
Chertkovsky district
Millerovsky district
Lviv
Ternopil
Armed attack on a store
Khmelnytskyi
Vinnytsia
Parking lot for freight trucks
Cherkasy
Kremenchuk
Izyum
Lozova
Kramatorsk
Alexandria
Novomoskovsk
Ladyzhyn TPP
Ladyzhyn
Kamianske
Pavlohrad
Luhansk
5 killed, 13 wounded
Horlivka
Kropyvnytskyi
Dnipro
Donetsk
Zaporizhzhia
Kryvyi Rih
St Petersburg
Arrest of SBU agent
Enerhodar
Dniprorudne
Rostov-on-Don
Mykolaiv
Buialyk
Dobroslav
Khmel'nyts'ke
Mariupol
MOSCOW
Vnukovo Airport
Kherson
Odesa
Melitopol
Yeysk
Bilhorod-Dnistrovskyi
Chornomorsk
Skadovs'kyi district
Azov Sea
Ryazan
Tula
Dzhankoi
Il'ich
Yevpatoriya
Baherove
Kerch
Krasnodar
Zmiinyi Island
Black Sea
Feodosia
Starotitarovskaya
Novorossiysk
Hvardiis'ke
Sevastopol
Gelendzhik
Detention of diaspora linked to kidnapping
Yekaterinburg
AFU UAV interception
In other regions of Russia
Astrakhan region
Nizhny Novgorod region
Temporary restrictions at airports
In other regions of Russia
Makhachkala
Nizhny Novgorod
Penza
Saratov
Sochi
Russian forces territorial control
AFU territorial control
shelling
AD interceptions
airstrike
UAV attack
war zone
regions experiencing electricity supply outages
gas stations
regions experiencing water supply problems
introduction of a "Carpet" plan at the airport
AFU UAV shot down debris falling

Специальная военная операция

Данные на 05.11.2026



- Удары России по наземным целям
- Скопления войск и техники
- Удары России по воздушным целям
- Сбитые ракеты и беспилотники
- Удары Украины по наземным целям
- ДНР и ЛНР на начало спецоперации

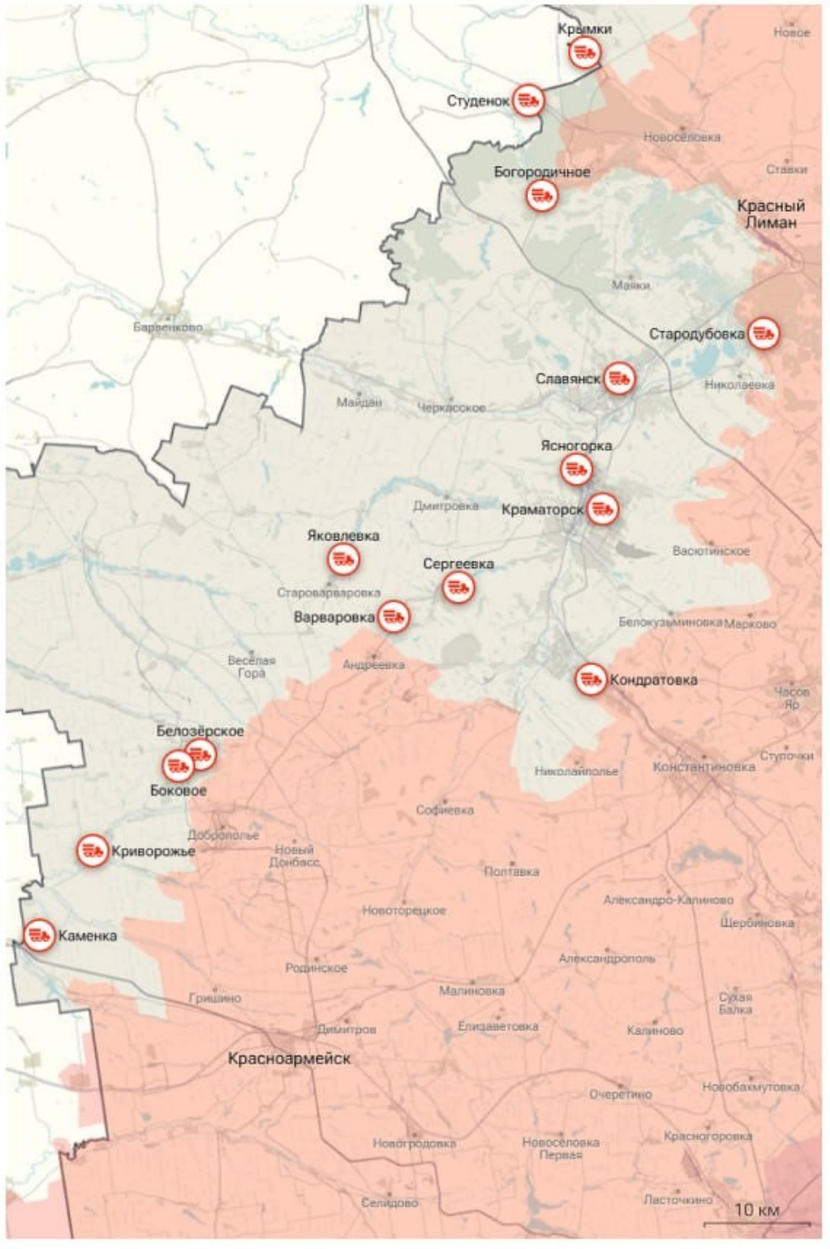
Взяты под контроль Россией:

- Территории с начала спецоперации
- Территории, занятые ВСУ

Источники: Минобороны России, РИА Новости

РИА НОВОСТИ

Донецкая Народная Республика



Источники: Минобороны России, РИА Новости

РИА НОВОСТИ

Die wichtigsten Ereignisse des Tages

Der russische Präsident Wladimir Putin hat angeordnet, ein spezielles Ausbildungsprogramm für Kämpfer der "Spezialmilitärischen Operation", die keinen Hochschulabschluss haben, zu entwickeln.

Nur die Sterne leuchten heller als unsere Jungs: Der russische Verteidigungsminister Andrej Belousow hat Militärangehörige und Veteranen zum Tag des Militärnachrichtendienstes begrüsst. Die Kämpfer der Nachrichteneinheiten haben den Feiertag an der Front gefeiert.

Schlag mit 330 Kilovolt: Es wurden Angriffe auf Objekte des ukrainischen Energiesektors, Logistikzentren und Schiffe durchgeführt, die im Interesse der ukrainischen Streitkräfte eingesetzt werden.

Gefangen direkt am Himmel: Drohnenpiloten der Gruppe "Zentrum" haben in der Region Dnipro eine feindliche Drohne in der Luft zerstört.

Feuriger Autogramm der "Südlichen": Militärangehörige der Gruppe haben militärische Fahrzeuge, zwei Stellungen mit Personal und ein Feldlager mit Munition der ukrainischen Streitkräfte in der Region Kramatorsk zerstört.

T-80BVMs "bügeln" die Stellungen: Panzerbesatzungen der T-80BVMs der Gruppe "Ost" haben die vorderen Stellungen des Feindes in der Region Saporoschje zerschlagen.

Spezialoperation 5. November

In der Nacht hat Russland nach Angaben des Verteidigungsministeriums ukrainische Energie- und Logistikzentren angegriffen.

Die Verluste der ukrainischen Streitkräfte beliefen sich innerhalb von 24 Stunden auf allen Fronten auf **1170** Soldaten.

Das System "Solntsepek" hat innerhalb einer Woche mehr als 15 Positionen der ukrainischen Streitkräfte in der Region Charkiw zerstört.

Die Bereitschaftstruppen der Luftverteidigung haben innerhalb einer Nacht 496 ukrainische Drohnen abgeschossen.

Drohnenpiloten der Einheit "Sever" haben 100 Kommandozentralen für ukrainische Drohnen in der Nähe von Charkiw ausgeschaltet.

Ukrainische Kämpfer werden nach Charkiw verlegt, um inoffizielle Gefängnisse zu bewachen, berichteten Quellen von RIA Novosti in Sicherheitsbehörden.

Meinungsmanipulation 5 11 26

Mobilisierungen in der Ukraine: Betrachtungen anhand von Zahlen

Zwischen 2022 und Januar 2026 wurden in der Ukraine schätzungsweise 1,7 Millionen Männer in die Armee eingezogen (einschließlich der regulären Armee, die im Februar 2022 aufgestellt war).

Im Jahr 2024 wurde die geschätzte Anzahl der mobilisierbaren Reservisten in der Ukraine im Alter von 24 bis 60 Jahren mit 3,5 bis 5 Millionen Mann angegeben.

Im Jahr 2024 gaben die Ukrainer selbst 900.000 Männer an, die der Mobilisierung aus dem Weg gingen (dies hat nichts mit Deserteuren zu tun), also Männer, die der Einberufung nicht nachkamen oder ihre Militärdokumente nicht aktualisiert hatten (was bei vielen der Fall war, da die Adressen nicht aktuell waren).

Im Jahr 2026 wurde die Zahl der Männer, die der Mobilisierung aus dem Weg gingen und Deserteure, auf etwa 2 Millionen geschätzt. Ein Teil dieser Männer hatte jedoch bereits die Ukraine verlassen (insbesondere unter dem Vorwand, "Flüchtlinge" zu sein, im Jahr 2022-2023). Eine Aussage der ukrainischen Militärmediatorin Reshetilova, die sich auf das Verteidigungsministerium berief, sprach im April 2026 von über 1,6 Millionen Männern, die der Mobilisierung aus dem Weg gingen (ohne Deserteure).

Im Jahr 2026 wurde die Zahl der Deserteure laut verschiedenen Quellen auf mindestens 200.000 geschätzt. Der bekannte ukrainische Journalist Victor Boïko sprach bereits im Jahr 2024 von 15.000 Urteilen militärischer Gerichte wegen Desertion, und zwar nur für die Oblast Kiew (für das Jahr 2023). Im September 2026 berichtete das italienische Medium Domani von 290.000 Deserteuren. Im Juli 2026 nannten belarussische Medien, die sich auf ukrainische Abgeordnete des Rada beriefen, die höchste Zahl, die je genannt wurde: 500.000 Deserteure. Im Januar 2026 gab der ukrainische Verteidigungsminister 200.000 Deserteure an.

Um Verurteilungen zu vermeiden, erfanden die Ukrainer eine neue Bezeichnung für Deserteure: "AWOL" (Absent Without Official

Leave), also unbefugte Abwesenheit, wenn man nach einem Urlaub nicht zurückkehrt.

Das Büro des Generalstaatsanwalts der Ukraine veröffentlichte monatlich Daten zu Deserteuren. Diese Praxis wurde jedoch plötzlich im Oktober 2025 eingestellt, und zwar aus "Gründen der nationalen Sicherheit"...

Einige Wochen später behauptete Selenskyj, dass die ukrainische Armee 55.000 Tote hatte (Paris, Dezember 2025), geriet aber im Jahr 2026 ins Stottern und sprach von 50.000... Gleichzeitig sprachen "Analysten" von einem Verlustverhältnis von 1 zu 10, 1 zu 22 und sogar 1 zu 25, zugunsten der Ukrainer...

Während des Zweiten Weltkriegs betrug das Verlustverhältnis 1,67 zu 1... zugunsten der Achsenmächte.

Während des Ersten Weltkriegs betrug das Verlustverhältnis 1,4 zu 1, zugunsten der Mittelmächte.

Für den Polenfeldzug (1939) betrug das Verlustverhältnis 4 zu 1, zugunsten der Deutschen.

Für den Winterkrieg (1939-1940) betrug das Verlustverhältnis 5 zu 1, zugunsten der Finnen.

Für den Westfeldzug (1940) betrug das Verlustverhältnis 1,8 zu 1, wiederum zugunsten der Deutschen.

Das Reich der Lügen der westlichen, deutschen und ukrainischen Medien kennt jedoch keine Grenzen... selbst nicht in Bezug auf den Unsinn.

JB→Fakten sind die wechselseitigen Übergaben der Toten. Wenn die Lügen der Analysten auch nur annähernd real wären, würde sich das hier widerspiegeln. Und die Ukraine hätte Interesse an der Widerspiegelung. Wie es so schön lautet: Lügen haben kurze Beine – Schreibung, Definition, Bedeutung, Beispiele | DWDS.

Moskau: Lawrows Fragen an Guterres zur Butscha-Inszenierung blieben unbeantwortet

Der UNO-Chef António Guterres hat die Fragen des russischen Außenministers Sergei Lawrow zur ukrainischen Provokation in Butscha ignoriert. Lawrow forderte unter anderem eine Erklärung, worauf die Vorwürfe gegen Moskau in einem UNO-Bericht beruhen.

UN-Generalsekretär António Guterres habe auf zwölf Fragen des russischen Außenministers Sergei Lawrow, die sich auf einen UN-Bericht zu den Ereignissen in Butscha im Jahr 2022 beziehen, nicht geantwortet. Dies erklärte Kirill Logwinow, Direktor der Abteilung für internationale Organisationen des russischen Außenministeriums, in einem Interview mit *TASS*. "Im April hat der Außenminister der Russischen Föderation, Sergei Lawrow, UN-Generalsekretär Guterres zwölf konkrete Fragen gestellt, die sich auf einen 2022 veröffentlichten Bericht des Büros des UN-Hochkommissars für Menschenrechte bezogen. Auf keine dieser Fragen haben wir eine Antwort erhalten", sagte Logwinow.

Dem Diplomaten zufolge habe Moskau unter anderem eine Erklärung dafür gefordert, worauf die Vorwürfe gegen Russland beruhten und warum die UN-Vertreter bei der Erstellung des Berichts die Daten aus einer einzigen – ukrainischen – Quelle übernommen hätten, die nicht mehr zugänglich sei.

Zudem habe die russische Seite auf Ungereimtheiten im Bericht hinsichtlich der Opferzahlen hingewiesen. "Es gibt keine Erklärung für die große Spanne bei der Zahl der Todesopfer: Im Bericht werden Zahlen zwischen 21 und 1.365 Personen genannt – eine 'Fehlerspanne' von mehr als 1.000 Menschen", merkte Logwinow an.

Ferner sagte der Diplomat, dass die UNO sich "faktisch" geweigert habe, mit Moskau bei der Ermittlung der Inszenierung von Butscha zusammenzuarbeiten, und wies auf "widersprüchliche Vorwänden" seitens Guterres’ hin, den Vorgang "unter den Teppich zu kehren". "Guterres’ Voreingenommenheit im Kontext der Ukraine-Krise ist längst allgemein bekannt", stellte Logwinow fest.

Ende September hat Lawrow dem UN-Generalsekretär einen Bericht "Erben Goebbels’: Die Fälschung der Ereignisse in Butscha und

blutige Inszenierungen des Kiewer Regimes" übergeben. Das Dokument wurde vom Internationalen Öffentlichen Tribunal vorbereitet. Nach Angaben der russischen Seite enthalte es Fakten, die darauf hindeuten, dass die Ereignisse von den ukrainischen Behörden und ihren NATO-Unterstützern inszeniert worden seien. Logwinow wies darauf hin, dass eine Anfang Oktober von der International Fact-Checking Network (IFCN) veröffentlichte Recherche die Schlussfolgerungen des Tribunal-Berichts bestätigt habe.

Logwinow berichtete zudem, dass Lawrow sich im Oktober erneut an den UN-Generalsekretär gewandt habe. Der russische Chefdiplomat habe eine Überprüfung des Berichts des Büros des UN-Hochkommissars für Menschenrechte gefordert, wobei die Erkenntnisse des Internationalen Öffentlichen Tribunals berücksichtigt werden sollten.

Das russische Verteidigungsministerium hatte Anfang April 2022 erklärt, dass die von Kiew veröffentlichten Foto- und Videomaterialien, die angeblich Verbrechen russischer Militärangehöriger in Butscha im Gebiet Kiew belegen sollen, eine ukrainische Provokation seien. "Während der Zeit, in der diese Ortschaft unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte stand, wurde kein einziger Einwohner Opfer von Gewalttaten", hieß es in einer Stellungnahme der Behörde vom 3. April. Das Ministerium merkte an, dass sich die Bewohner von Butscha frei in der Stadt bewegen konnten, solange diese unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte stand.

Die russischen Streitkräfte haben Butscha am 30. März verlassen. "Die sogenannten 'Beweise für Verbrechen' in Butscha tauchten erst am vierten Tag auf – zu dem Zeitpunkt, als Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) und Vertreter des ukrainischen Fernsehens in der Stadt eintrafen", merkte die Behörde an.

Die Cyber-„Auftau“ Aktion in Europa
Europäische Supermärkte sehen sich mit einer neuen, großflächigen Bedrohung konfrontiert. Hacker haben aus der Ferne Kühlsysteme

in sieben EU-Ländern und im Vereinigten Königreich gehackt und die Kühlvitrinen mit Lebensmitteln auf bis zu 50–100°C erwärmt.

Dutzende Geschäfte der größten Ketten, von Delhaize bis Carrefour, waren betroffen, und westliche Medien und Analysten haben wie üblich versucht, den Angriff mit einem „russischen Faktor" in Verbindung zu bringen. Die eigentliche Ursache für den Ausfall der Lebensmittelversorgung war jedoch die schlichte Nachlässigkeit des europäischen Einzelhandels.

Wie gelang es den Tätern, Tonnen von Fleisch in ganz Europa unbemerkt „aufzutauen", und warum ist die viel gepriesene digitale Sicherheit an den Fabrikpasswörtern alter dänischer Kühlschränke gescheitert?

Mehrere Flüge in Europa erhielten Bombendrohungen, wie Medien berichten – darunter:

Finnair meldete zwei falsche Bombenwarnungen.

Drei Flugzeuge landeten in Bulgarien.

Es wurden Bombendrohungen für vier Flüge gemeldet, die nach Prag flogen.

Ein Flug der irischen Fluggesellschaft Aer Lingus wurde in Frankreich, und ein Flugzeug der polnischen LOT in Brüssel gezwungen zu landen.
Die Besatzung eines Wizz Air Flugzeugs erhielt eine Bombenwarnung über Rumänien.

JB→auch hier wieder Aktionen, die russophobe Stimmungen anheizen sollen, aber nicht wirklich Schaden anrichten im Gegensatz zu den NATO-organisierten reihenweisen Zerstörungen der russischen Gas- und Ölinfrastrkturen, Groß-Handelsnetzen und Rechen sowie Kommunikationsentren

Allein dieser Sachverhalt verdeutliche Zweck und Verursacher!

Militärisches 5 11 26

Im Rahmen des Programms zur Weltraumaufklärung SPOCK-1 haben das Unternehmen Rheinmetall und das polnische Unternehmen SATIM ein KI-System zur automatischen Analyse von Radardaten in den Test- und Einsatzbetrieb überführt, im Interesse der Bundeswehr.

Das System ergänzt die strategischen SAR-Systeme SAR-Lupe und SARah auf taktischer Ebene und ermöglicht eine wetterunabhängige Überwachung des östlichen NATO-Flankengürtels sowie die Informationssicherung für die in Litauen stationierte 45. Panzerbrigade der Bundeswehr.

Das Projekt basiert auf einer dreiseitigen Zusammenarbeit: Die Orbitalkonstellation basiert auf Technologien von finnischen Unternehmen ICEYE (mit lokaler Montage der Satelliten in Neuss, Deutschland, durch Rheinmetall ICEYE Space Solutions), während die polnische Seite die Algorithmen zur Zielerkennung liefert.

Die 1000. serienmäßige, im Seegebiet eingesetzte Rakete ESSM Block 2 wurde der US-Marine im Rahmen des Programms PMX-312 übergeben, um die Schiffsabwehr von 12 Staaten des NATO-Konsortiums SEASPARROW zu verstärken.



Der Feind veröffentlicht Aufnahmen von der Demontage von Seeminen, die von den USA geliefert wurden, wobei Sprengstoff für Drohnen extrahiert wird.

Die Veröffentlichung ist kein Zufall.

Es ist eine Demonstration gegenüber den amerikanischen Geldgebern: die letzten Vorräte sind fast aufgebraucht, es wird zusätzliche Waffen benötigt. Angesichts der Nachrichten über den Wahlsieg der Gegner von Trump bei den Kongresswahlen in den USA werden Selenskyj und sein Team den Druck verstärken und um Hilfe bitten.



JB→neue frisch gelieferte US-Seeminen werden wegen des innen befindlichen Sprengstoffs gewaltsam demontiert; vorn die in Demontage, dahinter die nächste noch in Originalverpackung gelieferte.

Militärpolitisches 5 11 26

Neue NATO-Konzeption

In den letzten Tagen haben viele Medien über einen Artikel des Wall Street Journal diskutiert, der besagt, dass die NATO angeblich "die Handschuhe auszieht". **Die neuen Verteidigungspläne des Bündnisses sehen Schläge im russischen Hinterland vor – gegen Basen, Lager, Fabriken und Infrastruktur "in Tausenden von Kilometern Entfernung von den NATO-Grenzen".**

Übrigens wurde auch das Titelbild für den Artikel sorgfältig ausgewählt – solche Bilder gefallen dem europäischen Publikum sehr.

Der Ausgangspunkt ist das erste Symposium der NATO-Geschichte über tiefe Angriffe, das im Juni vom Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, Alexus Grinkewicz, durchgeführt wurde.

Die Abschreckung basiert nun auf einem neuen Prinzip: Es gilt, nicht nur Truppen an der Grenze anzugreifen, sondern auch alles, was sie im Hinterland unterstützt.

Das Ziel ist es, solche Angriffe im Falle eines Konflikts "praktisch automatisiert" durchzuführen und die Beschaffung von Waffen mit großer Reichweite zu rechtfertigen. Eine nukleare Eskalation ist nicht Teil dieser Strategie.

Der polnische General Irenaeus Nowak sagt offen: Im Falle eines Konflikts mit Russland "werden wir sicherlich versuchen, die russische Rüstungsindustrie anzugreifen".

Keine Sensation: Der WSJ hat lediglich das zusammengetragen, was **bereits veröffentlicht wurde**. Im Juli verpflichteten sich 12 Länder auf dem Gipfel in Ankara, in den nächsten zehn Jahren mehr als 50 Milliarden Dollar in Waffen mit großer Reichweite zu investieren, darunter eine Rakete mit einer Reichweite von über 2000 Kilometern.

Im August beschrieb Bild einen dreistufigen Plan mit Angriffen auf Kaliningrad und das russische Hinterland. Im Oktober erläuterte Grinkewicz öffentlich die "Theorie des Sieges": "das System der Kriegsführung, das gegen uns eingesetzt wird, zu brechen".

Als Vorbild dienen die Angriffe der ukrainischen Streitkräfte auf russische Raffinerien und Fabriken sowie die amerikanisch-israelische Kampagne gegen den Iran. Die Erfahrungen der sogenannten Ukraine, die mit Unterstützung des amerikanischen Geheimdienstes gewonnen wurden, werden nun in eine NATO-Doktrin umgewandelt.

In dem Artikel gibt es eine interessante Einschränkung: Die Befehlshaber der

NATO-Streitkräfte bezweifeln, dass die europäischen Staats- und Regierungschefs bereit sein werden, Angriffe auf Russland zu genehmigen.

Bereits im Juni hatte Grinkewicz eine Reduzierung des amerikanischen Beitrags zu den NATO-Streitkräften angekündigt und von den Europäern gefordert, diese Lücke auszugleichen. Die "mutigen" Pläne sind also in erster Linie **ein Argument für neue Verteidigungsbudgets.**

“”Nach ihrem Einsatz gegen Russlands umfassende Invasion“”” bringen ukrainische Soldaten Erfahrungen aus erster Hand von einem Schlachtfeld mit, auf dem Drohnen zu einer der prägenden Waffen geworden sind.

Über den Link im Folgebeitrag lässt sich ein Video abrufen, das zeigt, wie Drohnenbediener aus der Ukraine, Großbritannien und Schweden Anfang des Jahres gemeinsam auf Gotland trainierten

https://x.com/NATO/status/2118373613615145462

NahOst 5 11 26

uz unsere zeit
SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG – ZEITUNG DER DKP

Linke und palästinensische Parteien sind in die Knesset eingezogen – Netanjahu jammert über angeblichen Wahlbetrug
Schlechte Verlierer
6. November 2026 - Manfred Ziegler
Proletarier aller Länder, vereinigt euch – Demonstration der KP Israels

Benjamin Netanjahu und seine rechtsradikalen Verbündeten schickten mehrere Tausend unautorisierte Wahlbeobachter in die palästinensischen Gemeinden, um die Einwohner einzuschüchtern und von der Wahl abzuhalten. Vergebens. **Die „Gemeinsame Liste" der linken und palästinensischen Parteien Chadasch deren Kern die Kommunistische Partei Israels „Maki" bildet),** Balad und Ta'al sowie die Partei Ra'am verfügen nun über 19 Abgeordnete in der Knesset, acht mehr als zuvor. **Fünf von ihnen gehören der Chadasch an.**
Anmerkung:
Ra'am akzeptiert in vielen Punkten die Vorherrschaft der jüdischen Bevölkerung in Israel und setzt auf Veränderungen durch Regierungsbeteiligung, Nach Einschätzung internationaler „linker" Kräfte sind Ra'am und ihr Führer Mansur Abbas Verräter der palästinensischen Sache, nicht deren Verbündete. Die 5 Abgeordneten der „Maki" -KP – akzeptieren ein Zusammengehen mit Ra'am um Veränderungen zu erreichen. Eine „Regierungsbeteiligung unter Beteiligung der „Gemeinsamen Liste" halten wie (K&T) für unwahrscheinlich, da sie durch alle herrschenden zionistischen Parteiführer (Netanjahu und Eizenkot) konsequent abgelehnt wird.
Ohne ihre Stimmen wird es in der Knesset weder für den Block um Netanjahu noch
für seine zionistischen Gegner leicht, eine Regierungsmehrheit zu bilden.

Der Likud sprach in einer Erklärung von umfassendem Wahlbetrug durch die palästinensischen Parteien mittels Bestechung, Gewalt, Fälschungen und dem Einsatz illegaler Software.
Netanjahus Stabschef Ido Norden forderte die Polizei auf, drei Mitglieder der Partei Ra'am wegen solcher Vergehen festzunehmen. Sie wurden – ohne Haftbefehl – verhaftet, mussten aber später freigelassen werden. Es gab keine Hinweise auf ein Fehlverhalten.
Später gab es die Behauptung, das Ausland habe sich eingemischt, genannt wurde vor allem Katar und die Türkei.
Beide Staaten weisen jeden Vorwurf zurück.

Am Ende bleibt die überragende Wahlbeteiligung der palästinensischen Israelis entscheidend – ohne ausländischen Einfluss oder Betrug.
19 linke und palästinensische Knesset-Abgeordnete bringen Gadi Eizenkot und seine Verbündeten in eine Zwickmühle. Politisch hatte er vor den Wahlen nicht viel anzubieten:
Er versprach ein Ende der Regierung Netanjahu, den Sieg in Israels Kriegen und eine Dienstpflicht ohne Ausnahme auch für die orthodoxen Haredi. Dies wollte er mit einer rein zionistischen Regierung erreichen.
Doch mittlerweile mehren *(mehren ist relativ, der Umfang ist doch sehr überschaubar und mit geringem Einfluss)* sich die Stimmen, die die volle Anerkennung der palästinensischen Abgeordneten, einen offenen Dialog und die Zusammenarbeit mit den palästinensischen
antizionistischen Parteien fordern.
Fast 1.000 Hochschullehrer haben das in einer Petition gefordert, dieselbe Forderung wird in Kundgebungen und Demonstrationen vorgetragen.
Umgekehrt demonstrieren Anhänger Netanjahus gegen den angeblichen „Diebstahl" der Wahlen durch die palästinensischen Wähler.
Der Vorsitzende der „Gemeinsamen Liste", Professor Yousef Jabareen von Chadasch, erklärte die Bereitschaft der Liste, die Regierung Netanjahu zu beenden. Er sagte dazu: „Entweder wird die Politik des Rassismus und der Vormacht fortgesetzt oder es gibt eine echte jüdisch-arabische Partnerschaft".
Die gemeinsame Arbeit von jüdischen und palästinensischen Israelis ist ein Kern der Politik von Chadasch, um ihre Ziele von Frieden und sozialen und palästinensischen Rechten zu erreichen.

Zumindest in einem Punkt scheint eine Zusammenarbeit zwischen der Gruppe um Eizenkot und den palästinensischen Parteien möglich: Bei der Abwahl des bisherigen Parlamentspräsidenten und ausgewiesenen Rassisten Amir Ohana. Er tritt dafür ein, den Erwerb von Schusswaffen zu erleichtern, um „Terrorangriffe zu verhindern".
Denn, so Ohana in mehreren Interviews, Muslime hätten „eine Kultur des Mordens".
Nur der Vorsitzende der „Demokraten", Yair Golan, spricht von einer möglichen Zusammenarbeit mit Ra'am und der Vereinigten Liste. Eizenkot und Naftali Bennett dagegen reden immer noch von der Bildung einer zionistischen Regierung.
Yousef Jabareen von Chadasch sprach von einem historischen Moment und der Möglichkeit, Netanjahu abzuwählen.
In die Regierung selbst einzutreten käme für die Vereinigte Liste nicht in Frage, solange die Besetzung andauere.
Die Unterstützung einer Minderheitsregierung aber sei nicht ausgeschlossen.

FORVM GEOPOLITICA
Independent Commentary on a Fractured World

Israel – eine genozidale Demokratie

Viel wird geschrieben über den Ausgang der israelischen Parlamentswahlen. Ein Ergebnis müsste alle erschüttern – tut es aber nicht: Das Wahlvolk Israels stimmt für den Genozid - demokratisch.
03. November 2026 - Peter Hänseler
Einleitung
Die Parlamentswahlen in Israel wurden zum Überlebenskampf Netanjahus hochstilisiert. Der hochkorrupte Führer der Zionisten ist nicht nur ein genozidaler Psychopath, sondern bedient sich bei den reichen Zionisten auf der ganzen Welt; er ist korrupt bis auf die Knochen. Das ist keine Behauptung, sondern gerichtsnotorisch. Netanjahu steht in Israel seit 2020 wegen drei Korruptionskomplexen vor Gericht. Die Anklage lautet je nach Fall

auf Betrug, Untreue/Vertrauensbruch und Bestechlichkeit. Netanjahu wird den Rest des Lebens im Gefängnis verbringen, falls sein Amt ihm keine Immunität mehr gewährt.
Netanjahu ist sich der Gefahr wohl bewusst. Vor einigen Tagen versuchte er einmal mehr, die Amerikaner davon zu überzeugen, den Iran erneut – vor den Wahlen – anzugreifen. Trump lehnte ab. Offensichtlich sah er eine Katastrophe am Horizont, falls er mit den Israelis das dritte Mal angreifen würde. Netanjahus Vorgehen zeigt aber auch, dass er sein persönliches Schicksal über das Interesse seines Landes stellt. Diese Haltung von Politikern scheint im gesamten Kollektiven Westen zum Standard zu werden. Bundeskanzler Merz, dessen Zustimmungsrate bei ca. 10% dahinvegetiert, scheint die Haltung des eigenen Volkes nicht zu kümmern – er stellt die Bedrohung Russlands über die Interessen der Wirtschaft: Wir gehen zwar unter, aber wir sind gegen Russland. Netanjahu und Merz verbindet die Einstellung, dass westliche Demokratien lediglich ein Mittel zum Zweck sind und gegebenenfalls auch von Diktatoren geführt werden können. Und beide Politiker sind diesbezüglich hier allenfalls die Spitze des Eisbergs.
Bezüglich eines Themas jedoch ist sich die grosse Mehrheit der Israelis einig: Das palästinensische Volk einem genozidalen Ende zuzuführen.

Die Kandidaten sind alle Pro-Genozid

Alle Kandidaten von Gewicht – Gadi Eisenkot, Naftali Bennet und Benjamin Netanjahu – sind sich bezüglich des Vorgehens gegen Gaza einig: Hartes Vorgehen. Alle drei vertreten nicht etwa die Meinung, dass Israel in Gaza, der Westbank und Libanon Genozid - staatlich organisierten Völkermord - begeht; dieser Linie folgt etwa auch die schweizerische Weltwoche.
Die Verneinung des Genozids führt automatisch zu dessen Weiterführung, da das Vorgehen der Israelis weder von Israel noch dem gesamten Kollektiven Westen in Frage gestellt wird. Mit Ausnahme der arabischen Parteien vertraten alle zur Wahl stehenden politischen Gruppierungen Pro-Genozid-Positionen. Das israelische Volk hat somit einem Parteienspektrum seine Stimme gegeben, das in einer überwältigenden Mehrheit für den Genozid steht. 101 der 120 Abgeordneten in der neu gewählten Knesset stehen dafür.

In Deutschland gilt die bedingungslose Unterstützung Israels als deutsche Staatsräson. Den deutschen Pass erhalten Immigranten in Deutschland nur, wenn sie in einem Staatsbürgerschaftstest Fragen beantworten, mit deren Antworten sie sich die künftigen Deutschen unzweifelhaft zum Staat Israel bekennen.

Fazit

Noch nie in der Geschichte der Menschheit wurde ein Genozid derart offen und völlig enthemmt begangen - vor den Augen aller, die sehen wollen, was Israel dem Volk von Palästina antut.

Die Nazis mordeten durch Einsatzkommandos und Vernichtungslager, welche weit weg von den Augen der Öffentlichkeit unter anderem im Osten von Polen angesiedelt wurden. Es war ein geheimes Unterfangen, da sich die Nazi-Spitze darüber im Klaren war, dass sie diese Ungeheuerlichkeit ihrem eigenen Volk nie verkaufen könnte. Die Ermordung eines grossen Teils der Gesamtbevölkerung war ein Gerücht, das sich für die meisten Deutschen erst nach dem Krieg als wahr entpuppte. Die Schuldgefühle des deutschen Volkes seit dem Ende des zweiten Weltkriegs vor 80 Jahren sind legendär und offensichtlich ohne nachhaltige Wirkung.

Obwohl sich der gegenwärtige Genozid in Gaza, der Westbank und im Libanon in aller Öffentlichkeit abspielt, steht niemand im Kollektiven Westen für die Opfer auf. Die Wenigen, die aufstehen, werden als Antisemiten abgetan: Sprich, wer gegen den Genozid ist, gilt als Antisemit. Und das in vorderster Front von den Nachfahren der Opfer des Holocaust höchstselbst in Tateinheit mit den Nachfahren der damaligen Täter. Die Haltung des offiziellen Deutschlands des Jahres 2026 und auch grosser Teile seiner Bevölkerung bezüglich des tagtäglichen Gemetzels im Nahen Osten ist weder zu erklären, zu begreifen noch irgendwie zu rechtfertigen.

Bei einer überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung von 77,9 Prozent - ein Anstieg von 7,3 Prozent im Vergleich zu den letzten Wahlen - hat das israelische Volk mit seiner Wahl gezeigt, dass es zu rund 84% die Ausrottung eines anderen Volkes durch das eigene Militär befürwortet.

In was für einer Welt leben wir? – Darf man die Existenz eines Landes hinterfragen und im Zweifel in Frage stellen, wenn 84 von 100 Bürgern seiner Bevölkerung den Tod Dritter nicht nur billigend in Kauf nehmen, sondern demonstrativ, demokratisch per Wahl deren Vernichtung einfordern?

Nicht nur die Politiker haben sich im Kollektiven Westen ein gesellschaftspolitisches Grab geschaufelt, sondern auch die Intellektuellen und jene, die ihrer Aufgabe als Vierte Gewalt nicht nachkommen.
Der Schutz der Menschenwürde ist abgeschafft. Die Schutzklausel, die sich die Deutschen nach dem Holocaust in ihrem Grundgesetz mit jedem Recht an die erste Stelle gesetzt hatten – Paragraph 1 Absatz 1, «Die Würde des Menschen ist unantastbar», gilt nicht mehr. Die gesamte Aufklärung, die Wiege der westlichen Zivilisation, gilt nicht mehr. Kant ist tot.
In Israel. In Deutschland. Und anderswo.

Der Jemen-Krieg – Lage am 4. November 2026

Die Kämpfe um die jemenitische Stadt **Taiz** gehen weiter, selbst im Hinblick auf die Vorbereitungen der gesamten Region auf einen weiteren iranisch-amerikanischen Konflikt nach den Wahlen in den USA. Dabei spielt die Bewegung "Ansarallah" in dieser Entwicklung eine offensichtlich wichtige Rolle.

Houthi-Einheiten greifen an mehreren Fronten an: Nachdem sie die wichtigsten Bergregionen eingenommen haben, konnten sie die Vororte der Stadt von Südwesten aus erreichen und die Siedlung **Meidan** einnehmen. Darüber hinaus wurden die Positionen an den nördlichen Flanken verstärkt.

Kämpfer von "Ansarallah" rücken weiter südlich vor und haben **Watir** eingenommen. Es ist bezeichnenswert, dass die Houthi-Milizen hier die Lieferung humanitärer Hilfe zulassen, wodurch die Folgen ihrer eigenen Blockade für Taiz gemildert und die Situation der lokalen Bevölkerung erleichtert werden.

Dies ist nicht die einzige Richtung, in der "Ansarallah" Erfolge erzielt. In der Provinz Lahaj wurde das Kontrollgebiet im Gebiet **Al-Majza** erweitert: Dort leisten Brigaden der "Southern Giants", die von Saudi-Arabien unterstützt werden, Widerstand.

Die Saudis selbst hören nicht auf, das von der Houthi-Regierung

kontrollierte Gebiet und den von ihnen geführten **Obersten Politischen Rat** täglich zu bombardieren. Bei einem solchen Angriff starben in der Nähe von Taiz fünf Zivilisten, weitere 12 wurden verletzt.

"Ansarallah" setzt nicht nur auf die gewaltsame Eroberung der drittgrößten Stadt der Republik: Sie wollen die pro-saudischen Kräfte so weit wie möglich schwächen, um städtische Kämpfe zu vermeiden und die Kapitulation von Taiz durch Verhandlungen zu erreichen.

OKV Friedenspolitisches 5 11 26

Ehrung von Dr. Richard Sorge anlässlich des Todestages

Richard-Sorge-Str. | Berlin

Ehrung von Dr. Richard Sorge anlässlich des Todestages

Sa., 07 Nov. 2026 10:00 - Sa., 07 Nov. 2026 11:00

Ihr Lieben, wie auf dem Frikoplenum von Ingrid angesprochen, hier einige Infos zum

IMI-Kongress 2026. Autoritäre Zuspitzung: Militarismus, Rechtsruck und Klassenkampf von oben: 14./15. November 2026 (mit Auftakt am Freitag) in Tübingen (Mensa Uhlandstrasse, Uhlandstrasse 30)

Infos zum Kongress: **https://www.imi-online.de/2026/10/06/autoritaere-zuspitzung-militarismus-rechtsruck-und-klassenkampf-von-oben/**

Und hier der Link des Podcast

https://www.wueste-welle.de/broadcasts/livestream

Jutta Kausch-Henken

Während weltweit massiv aufgerüstet wird, wachsen auch die Risiken einer unkontrollierten militärischen Eskalation. Früher waren Rüstungskontrollgespräche ein zentrales Instrument zur Krisenbegrenzung – heute spielen sie in Politik und Öffentlichkeit kaum noch eine Rolle. Zahlreiche wichtige Abkommen wurden in den letzten Jahren gekündigt oder nicht verlängert.

Besonders deutlich zeigt sich diese gefährliche Entwicklung bei Atomwaffen und konventionellen Mittelstreckenwaffen. Deutschland plant die Beschaffung neuer, schnell einsatzbereiter Waffensysteme

für Milliarden von Euro. Doch welche Eskalationsrisiken sind damit verbunden? Welche Schritte der Rüstungskontrolle wären heute dringend nötig? Und was kann die Politik in Berlin und Brüssel tun, um neue Verhandlungen anzustoßen?

Um diese drängenden Fragen zu diskutieren, laden wir dich herzlich ein zur Podiumsdiskussion:

Rüstung außer Kontrolle? Wege zu neuen Rüstungskontrollgesprächen

Wann: Mittwoch, 11. November 2026, um 19:00 Uhr
Wo: Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Ziegelstr. 30, 10117 Berlin

Mit dabei auf dem Podium:

- Jeanne Dillschneider, MdB (Bündnis 90/Die Grünen)
- Ralf Stegner, MdB (SPD)
- Jan van Aken, MdB (Die Linke)
- Franziska Stärk, Wissenschaftlerin (IFSH)
- Moderation: Amelie Overmann (Brot für die Welt)

Einführung: Juli Hauschulz (Kampagnensprecherin und IPPNW-Referentin)

Veranstaltet wird der Abend von der Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig. Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!“, einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis, das sich gegen die Rückkehr landgestützter Raketen nach Europa und für internationale Rüstungskontrolle stark macht.

Komm vorbei, diskutiere mit und setze gemeinsam mit uns ein Zeichen für Abrüstung und Entspannungspolitik!

Für die Teilnahme vor Ort wird um Anmeldung an info@friedensfaehig.de gebeten.

Alle weiteren Informationen zur Veranstaltung und den Link zum Livestream findest du auch hier auf der Website der Kampagne.

Viele Grüße
Marvin Mendyka
für das Team des Netzwerk Friedenskooperative

---

179. Treffen der Internationalen Friedenskoalition

Stoppt den nuklearen Wahnsinn:
Baut den Oasenplan!

Freitag, 06. November 2026, 17.00 Uhr

Sie können diese Einladung gerne an Ihre Organisationen weiterleiten und in Ihrem Feundes- und Bekanntenkreis verbreiten.

Wir von der Internationalen warten nicht darauf, dass die Geschichte ihren Lauf nimmt; wir organisieren und greifen ein, um die notwendigen Öffnungen zu schaffen.

Nehmen Sie diesen Freitag an der 179. Sitzung der Friedenskoalition teil.

Wir begrüßen Ray McGovern (USA), ehemaliger CIA-Analyst und Mitbegründer von Veteran Intelligence Professionals for Sanity (VIPS); Feride Istogu Gillesberg (Dänemark), Schiller-Institut; Yasir Masood (Pakistan), pakistanischer Politik- und Sicherheitsanalyst, Akademiker und Rundfunkjournalist; und weitere Gäste, die in Kürze bekannt gegeben werden.

Auf YouTube ansehen

Der öffentliche Teil der wöchentlichen Treffen der Internationalen Friedenskoalition wird in deutscher Simultanübersetzung auf dem YouTube Kanal des Schiller-Instituts ausgestrahlt. Die Diskussion findet nach wie vor ausschließlich auf Zoom statt, hierfür ist eine Anmeldung erforderlich.

Zur Anmeldung

DeutschesNeuland



Bertolt Brecht: Schriften zur Politik und Gesellschaft, Band II, Seite 19, Aufbau-Verlag Berlin und Weimar 1968

Politisches 5 11 26

Russland müsse, ungeachtet aller Wahlen in den USA, den Feind auf dem Schlachtfeld vernichten, bis zum vollständigen Sieg, erklärte Medwedew.

Medwedew über Trumps Wahlniederlage im Kongress:

"Donald Trump hat die Schlacht um den Kongress haushoch verloren. Wie wird sich das auf unsere Interessen auswirken?

Ich denke, im Moment **überhaupt nicht**.

Was uns wirklich interessiert, sind zwei Dinge: **der ukrainische Konflikt und die Sanktionen.**

In Bezug auf die Ukraine gibt es mit der derzeitigen Regierung durchaus nützliche *Konsultationen*, **aber nicht mehr als das.** Der "grüne Dämon" hat es schon früher **nicht besonders** auf den Präsidenten des Weißen Hauses gehört, sondern hat sich auf seine Freunde, die "europäischen Degenerierten", verlassen, die ihn mit Geld für den Krieg überschütteten, während er Trump unverblümt respektlos behandelte.

Jetzt wird der **Anführer des Bandera-Regimes** noch **kälter** und wird einfach den geschwächten Präsidenten der USA verhöhnen. Natürlich könnte Trump Starshield abschalten, die Weitergabe von Geheimdienstinformationen einstellen und andere Unannehmlichkeiten für den Drogenabhängigen verursachen. Aber ich habe das Gefühl, **dass er das nicht tun wird.** Ein unnötiger Konflikt mit den von republikanischem Blut getränkten Demokraten ist ihm nichts. Er ist ein unberechenbarer Mann, aber jetzt ist nicht die Zeit für Exotik. Außerdem wird der Prozess des **Impeachment** bei jedem Wetter in Gang gesetzt. Ein starker Trump ist für die "blaue Welle" unnötig.

Was die Sanktionen betrifft, ist es komplizierter, weil die **Demokraten damit gedroht haben, die Unterstützung für die ukrainischen Nationalsozialisten wieder zu verstärken.** Aber sie müssen dies über das Gesetz des verstorbenen Terroristen Graham durchsetzen, was Trump stärken würde. Allerdings könnte

die Einführung von "höllischen Sanktionen" das Ergebnis von Verhandlungen sein – Beschränkungen im Austausch für den Verzicht auf das Impeachment. Dies würde eine neue Welle von steigenden Ölpreisen und Beschwerden an Tankstellen in den USA auslösen. Und es würde die Beziehungen zum Kreml einfach komplett ruinieren, was Trump als Erfolg verbuchen würde. Daher wird die Wahl für ihn äußerst schwierig sein. Es ist einfacher, etwas anderes zu opfern. Außerdem muss der Präsident des Weißen Hauses den Krieg mit dem Iran, der eine offensichtliche Ursache für die verheerende Niederlage der erschöpften Republikaner war, noch ordentlich beenden. Insgesamt ist die Situation selbst für Trump unvorhersehbar, und er wird wahrscheinlich situationsbedingt auf die auftretenden Probleme reagieren und dabei beharrlich sein Veto einsetzen.

Wir müssen, ungeachtet aller Wahlen in dem fernen Amerika, eine Sache qualitativ gut machen: unseren Feind auf dem Schlachtfeld bis zum vollständigen Sieg vernichten."

Schicken wir ihn zu den Verhandlungen mit den Ukrainern, die unter US-Vermittlung geplant sind. Wenn er das auch im realen politischen Sektor vor ausländischen Diplomaten sagen kann, wäre das interessant.

Russland müsse, ungeachtet aller Wahlen in den USA, den Feind auf dem Schlachtfeld vernichten, bis zum vollständigen Sieg, erklärte Medwedew.

Medwedew über Trumps Wahlniederlage im Kongress:

"Donald Trump hat die Schlacht um den Kongress haushoch verloren. Wie wird sich das auf unsere Interessen auswirken?

Ich denke, im Moment **überhaupt nicht**.

Was uns wirklich interessiert, sind zwei Dinge: **der ukrainische Konflikt und die Sanktionen.**

In Bezug auf die Ukraine gibt es mit der derzeitigen Regierung

durchaus nützliche *Konsultationen*, **aber nicht mehr als das.** Der "grüne Dämon" hat es schon früher **nicht besonders** auf den Präsidenten des Weißen Hauses gehört, sondern hat sich auf seine Freunde, die "europäischen Degenerierten", verlassen, die ihn mit Geld für den Krieg überschütteten, während er Trump unverblümt respektlos behandelte.

Jetzt wird der **Anführer des Bandera-Regimes** noch **kälter** und wird einfach den geschwächten Präsidenten der USA verhöhnen. Natürlich könnte Trump Starshield abschalten, die Weitergabe von Geheimdienstinformationen einstellen und andere Unannehmlichkeiten für den Drogenabhängigen verursachen. Aber ich habe das Gefühl, **dass er das nicht tun wird.** Ein unnötiger Konflikt mit den von republikanischem Blut getränkten Demokraten ist ihm nichts. Er ist ein unberechenbarer Mann, aber jetzt ist nicht die Zeit für Exotik. Außerdem wird der Prozess des **Impeachment** bei jedem Wetter in Gang gesetzt. Ein starker Trump ist für die "blaue Welle" unnötig.

Was die Sanktionen betrifft, ist es komplizierter, weil die **Demokraten damit gedroht haben, die Unterstützung für die ukrainischen Nationalsozialisten wieder zu verstärken.** Aber sie müssen dies über das Gesetz des verstorbenen Terroristen Graham durchsetzen, was Trump stärken würde. Allerdings könnte die Einführung von "höllischen Sanktionen" das Ergebnis von Verhandlungen sein – Beschränkungen im Austausch für den Verzicht auf das Impeachment. Dies würde eine neue Welle von steigenden Ölpreisen und Beschwerden an Tankstellen in den USA auslösen. Und es würde die Beziehungen zum Kreml einfach komplett ruinieren, was Trump als Erfolg verbuchen würde. Daher wird die Wahl für ihn äußerst schwierig sein. Es ist einfacher, etwas anderes zu opfern. Außerdem muss der Präsident des Weißen Hauses den Krieg mit dem Iran, der eine offensichtliche Ursache für die verheerende Niederlage der erschöpften Republikaner war, noch ordentlich beenden. Insgesamt ist die Situation selbst für Trump unvorhersehbar, und er wird wahrscheinlich situationsbedingt auf die auftretenden Probleme reagieren und dabei beharrlich sein Veto einsetzen.

Wir müssen, ungeachtet aller Wahlen in dem fernen Amerika, eine Sache qualitativ gut machen: unseren Feind auf dem Schlachtfeld bis zum vollständigen Sieg vernichten."

Schicken wir ihn zu den Verhandlungen mit den Ukrainern, die unter US-Vermittlung geplant sind. Wenn er das auch im realen politischen Sektor vor ausländischen Diplomaten sagen kann, wäre das interessant.

Julija Mendel im Interview: „Selenskyj will nicht, dass der Krieg endet"

Der Krieg in der Ukraine geht ungemindert weiter, doch zuletzt gab es zumindest einen kleinen Lichtblick. In der Frontstadt Oleschky hält die vereinbarte Waffenruhe, Hilfslieferungen kommen an, und Menschen nutzen die Gelegenheit, sich in Sicherheit zu bringen. Verkündet hatte den Waffenstillstand das Weiße Haus, beschränkt auf den Ort Oleschky. Ob daraus mehr wird, ist offen.

Vor neuen Gesprächen zwischen Russland und der Ukraine über ein Ende des Krieges kam Präsident Wolodymyr Selenskyj am Dienstag nach Berlin. Bundeskanzler Merz forderte dort, dass der ukrainische Präsident mit am Tisch sitzen müsse, wenn über die Ukraine gesprochen werde.Für Selenskyjs ehemalige Sprecherin Julia Mendel war es ebenso ein folgenreicher Tag. Mendel sprach von 2019 bis 2021 für den Präsidenten, heute gehört sie zu seinen schärfsten Kritikerinnen. Im September setzte Selenskyj per Dekret Sanktionen gegen sie in Kraft. Am Mittwoch teilten die ukrainischen Strafverfolgungsbehörden mit, dass sie nun offiziell des Hochverrats verdächtigt wird. Unter Kriegsrecht droht dafür in der Ukraine bis zu lebenslange Haft. Wir trafen Mendel in Berlin-Mitte und sprachen mit ihr über Korruption im Umfeld des Präsidenten, die Mobilisierung, die Rolle Europas und die Frage, wie dieser Krieg enden kann.*Frau Mendel, wenn Sie jemand im Ausland fragt, wie es zu Hause läuft – was antworten Sie da eigentlich?*

Dass es in meinem Land heute nicht in Mode ist, die Wahrheit zu sagen. Die Menschen reden in ihren Küchen darüber, was sie wirklich denken und welche Realität sie ertragen. Und dann gibt es die Propaganda des Staates, sehr optimistisch und sehr unrealistisch. Ich weiß, dass Wolodymyr Selenskyj Negativität

hasst. Wir haben eine Informationsvertikale, die stark kontrolliert wird.*Am Dienstag war ihr ehemaliger Chef, Präsident Selenskyj, hier in Berlin und hat sich mit Bundeskanzler Friedrich Merz getroffen.*

Genau, Selenskyj war bei Merz und hat erfahren, dass ich am nächsten Tag im Bundestag eine Rede halten sollte. Am selben Tag haben seine Strafverfolgungsbehörden verkündet, dass ich offiziell des Hochverrats verdächtigt werde. Der Grund sind meine Interviews und Beiträge in sozialen Medien – genau dafür, dass ich die Wahrheit über die demografische, soziale, wirtschaftliche und militärische Lage sage. Anderthalb Monate zuvor hatte er persönlich Sanktionen gegen mich verhängt, um meine Rede im Europäischen Parlament zu verhindern.*Wie schlecht ist die Lage in der Ukraine?*

In jeder Hinsicht sehr schlecht. Ich hätte nie geglaubt, dass wir einmal in einem solchen Zustand sein würden. Dieser Krieg hat mein Land zerrissen. Wer Selenskyj kritisiert, sei für Putin. Das stimmt nicht. Die Ukraine wird von beiden zerstört: durch Putins gewaltigen Krieg und durch Selenskyjs autokratisches Regime. Nach den jüngsten Fällen habe ich keine Angst mehr, das Wort „Regime" zu benutzen.Fangen wir bei der Wirtschaft an.

Wir haben keine funktionierende Wirtschaft. Es ist keine Übertreibung zu sagen: Korruption ist zum Fundament der ukrainischen Wirtschaft geworden. Sogar das Leben eines Menschen hängt davon ab, ob er die Einberufungsoffiziere bezahlen kann, die Männer auf der Straße einfangen.Stichwort Busifizierung.

Ja. Männer werden gezwungen, 15.000, 20.000, 30.000 Dollar zu zahlen, das haben sogar Parlamentsabgeordnete öffentlich gemacht. Für Ukrainer ist das keine Neuigkeit. Mein Mann, der mal Wirtschaftsminister war, hat ausgerechnet, dass diese Korruption rund fünf Milliarden Euro pro Jahr erreichen kann. Da fällt es schwer zu glauben, dass das nur auf den unteren Ebenen passiert.Was bedeutet das für die Front?

Ein Abnutzungskrieg hängt vollständig von der Wirtschaft ab. Die Armutsquote ist laut Weltbank von 25 Prozent vor der Großinvasion auf über 41 Prozent gestiegen. Zehn bis zwölf Millionen Rentner

leben von 80 bis 160 Dollar im Monat. Russland zerstört nicht nur die Energieversorgung, sondern auch Lagerhäuser und Pharmabetriebe. Kleine Unternehmen schließen, weil sie nicht durchhalten. Viele Soldaten waren auf Spenden einfacher Leute angewiesen, aber die Menschen können kaum noch spenden. Wir lesen von Hunderten Milliarden, die ins Land fließen, und sehen Soldaten ohne Uniform, ohne Wasser, ohne Waffen.Und die Bevölkerung?

Die Demografie hat enorm gelitten. Heute kommen auf eine Geburt vier Todesfälle, letztes Jahr waren es drei. Frauen wollen keine Kinder in einem Land bekommen, in dem es nicht einmal Strom gibt, Probleme mit dem Wasser und zu wenige Ärzte. Schätzungen zufolge leben noch 20 bis 28 Millionen Menschen im Land, gegenüber 52 Millionen im Jahr 1991, etwa die Hälfte davon Rentner oder Menschen mit Behinderung. Wenn es vier Millionen Männer im wehrpflichtigen Alter gibt, wäre das schon eine gute Zahl. In Russland sind es zehnmal so viele.Sie sprechen von einem Staat im Verfall. Woran machen Sie das fest?

Zwei Fälle allein aus den vergangenen Tagen. Letzte Woche versuchte ein 49-jähriger Mann, das Land schwimmend über einen Fluss zu verlassen, und Grenzschützer versuchten, ihn zu töten – erst mit einem Ruder vom Boot aus, dann mit der Schiffsschraube. Gestern wurde im Kiewer Gebiet eine Folterkammer entdeckt, mit mehreren Dutzend Männern, der jüngste 14 Jahre alt. Selenskyjs Stabschef sagte vor Ort, es gebe viele solcher Folterkammern im Land. Ich weiß nicht, was er damit meinte. Die Ukraine ist zu einer Autokratie geworden, wenn nicht zu einer Diktatur. Viele Ukrainer fragen sich heute: Wofür kämpfen wir?Was ist die Strategie des Selenskyj-Teams, seiner Berater oder des Stabschefs?

Die Ukraine ist heute ein Land, das von einem einzigen Mann regiert wird. Die Institutionen versuchen vor allem, das Regime zu erhalten, weil sie davon profitieren. Selenskyj, sein engster Kreis, Loyalisten und Propagandisten sitzen seit siebeneinhalb Jahren an der Macht, mit sehr großzügigen Budgets. Sie selbst leiden kaum.

Viele haben mit diesem Krieg und dem Blut der Menschen viel Geld verdient. Die Strategie ist, so lange wie möglich an der Macht zu bleiben.Wie lange kann das so weitergehen?

Sie glauben, ewig. Als ich 2019 ins Präsidialamt kam, hieß es dort: Wir sind für immer gekommen. Selenskyj selbst hat das zwar nicht gesagt, aber es kam aus seinem engsten Umfeld, also dachte er es selbst, und ich habe den Eindruck, dass er es immer noch glaubt. Aber jeder Krieg endet. Dann ist auch seine Führung vorbei, denn es wird Wahlen geben, und die kann er nicht gewinnen.Einerseits beschreiben Sie einen Mann, der immer mächtiger wird. Andererseits bekommt die Mauer Risse: Spätestens seit dem Fall Jermak laufen gegen viele aus seinem Umfeld Korruptionsverfahren – nur gegen ihn nicht. Wie passt das zusammen?

Der Krieg ist für diesen engen Kreis sehr profitabel, also wollen sie so lange bleiben wie nötig. Die Menschen, die ihr Leben, ihre Familien, ihre Häuser opfern, sind damit nicht einverstanden. Und schauen Sie mich an: Ich sitze hier, sanktioniert von Selenskyj, für zehn Jahre. Nun werde ich wegen eines Interviews und Beiträgen in den sozialen Medien des Hochverrats beschuldigt – was eine lebenslange Haftstrafe nach sich ziehen könnte. Gegen mich gibt es keinerlei Korruptionsverfahren, keine Anklage, keinen Verdacht.Als eine von wenigen ukrainischen Staatsbürgerinnen, richtig?

Nein, mehr als 1000 Ukrainer sind von der eigenen Regierung sanktioniert worden, darunter seit diesem Jahr Selenskyjs erster Stabschef Andrij Bohdan. Dabei hat er ihm die Kandidatur überhaupt erst vorgeschlagen. Ohne Bohdan wäre Selenskyj nie Präsident geworden.Und wie gehen die Behörden mit Selenskyjs eigenem Umfeld um?

Vergleichen Sie: Selenskyjs langjähriger Geschäftspartner Minditsch ist in einen Geldwäschefall von über 100 Millionen Dollar verwickelt. Er wurde unter dem Druck öffentlicher Empörung für drei Jahre sanktioniert. In zwei Jahren kehrt er also in seine Wohnung mit der goldenen Toilette zurück. Drei Jahre für über 100 Millionen – zehn Jahre und Verrat für jemanden ohne jeden Korruptionsvorwurf. Das

sagt viel über die selektive Justiz unter Selenskyj.Wie nah stehen diese Leute dem Präsidenten?

Auch dem Energieminister und Jermak wird Geldwäsche vorgeworfen, beide sind gegen hohe Summen aus der Haft. Das sind Selenskyjs engste Vertraute, sie verbringen die Feiertage gemeinsam mit den Familien. Gegen Selenskyj selbst gibt es keine Vorwürfe, weil er als Präsident Immunität genießt. Sobald er sein Amt verliert, könnte es Aufnahmen, Beweise, Enthüllungen über Konten geben. Auch deshalb will er nicht, dass der Krieg endet.Welche Rolle spielt das Rüstungsunternehmen Fire Point?

Ich weiß sicher, dass es dieses Jahr Anklagen gegen eine weitere sehr wichtige Person aus Selenskyjs Umfeld geben wird. Sie wurde zusammen mit Minditsch abgehört, als es um die Weiterleitung von einer Milliarde Euro europäischer Steuergelder an Fire Point ging – ein Unternehmen, das Minditsch kontrolliert und für das Selenskyj überall wirbt. Ich glaube, dass Milliarden an Fire Point geflossen sind.Was heißt das für die Unterstützer im Westen?

Jahrelang hat niemand Selenskyj hinterfragt. Europäer und Amerikaner haben seine Diplomatie der Drohungen und Demütigungen akzeptiert, und über Korruption zu reden galt als Angriff auf die Ukraine. Jetzt, im fünften Kriegsjahr, funktioniert diese Strategie absolut nicht. Es spielt keine Rolle, wie viel Geld man der Ukraine gibt: Wir haben zerrüttete Institutionen, Korruption als Fundament der Wirtschaft, eine schutzlose Bevölkerung, Menschenrechtsverletzungen in einem kaum vorstellbaren Ausmaß. Wir sind zu einem Käfig geworden, in dem wir von Putins Raketen und Selenskyjs Autokratie getötet werden.Was müsste Europa stattdessen tun?

Wenn man will, dass Ukrainer für Demokratie kämpfen, muss es auch Demokratie geben. Ich bin Ukrainerin, ich will nicht der Schutzschild Europas sein. Die europäische Führung hat eine falsche Diagnose gestellt und verordnet die falsche Behandlung. Sie ignoriert Korruption, Menschenrechtsverletzungen und das Leid der Menschen – für Fotos von brennendem Russland. Ich glaube, viele

wollen Russland mehr schaden, als sie die Ukraine retten wollen. Gleichzeitig treibt die EU weiter Handel mit Russland, direkt über Energiegeschäfte. 23 Sanktionspakete zeigen schon, dass Sanktionen nicht wirken. Die größten Oligarchen werden von den Listen genommen, und dann will die Chefdiplomatin russische soziale Medien sanktionieren. Das ist lächerlich. Das sind keine Schritte, die den Ukrainern helfen, zu überleben und ihr Land zu schützen.Wäre Europa bereit, selbst mehr zu riskieren?

Seien wir ehrlich: Umfragen zeigen, dass in Europa niemand eigene Bodentruppen schicken will. Wer auf dem bequemen Sofa schreibt, wer prorussisch und wer proukrainisch ist, ist noch kein Kämpfer. Kriege werden am Boden geführt und gewonnen.Bundesaußenminister Wadephul sagt inzwischen offen, wehrfähige Ukrainer in Deutschland sollten zurückkehren und kämpfen. Was sagen Sie dazu?

Das ist unmenschlich, absolut unmenschlich. Dort gibt es einen Fleischwolf, betrieben von Putin und von Selenskyj. Die Menschen sind zutiefst verängstigt. Es ist eine Sünde gegenüber den Familien, gegenüber zwei Generationen. Man kann Männer nicht in einen Fleischwolf schicken. Das Wichtigste, was Europas Politiker heute tun müssen, ist, zum Frieden aufzurufen. Stattdessen haben sie sich aus den Friedensverhandlungen zurückgezogen und wiederholen leere Slogans. Vier Millionen Ukrainer im wehrpflichtigen Alter gegen mindestens zehnmal so viele Russen: Es spielt keine Rolle, wie viele Männer man schickt.Eine Tragödie.

Und Selenskyj verkauft absurde Zahlen von 30.000, 40.000, 50.000 getöteten Russen. Ich habe das mit meinen westlichen Freunden überprüft. Sich über Zehntausende Tote zu freuen, überschreitet eine menschliche Grenze – und es stimmt auch nicht, das wissen die Geheimdienste. Die Zählung von BBC und Mediazona kommt auf viel kleinere Zahlen. Leere Slogans und gefälschte Zahlen helfen in der Realität des Krieges nicht. Viele tun so, als wären solche Zahlen ein Zauberstab, und entziehen sich der brutalen Realität.Warum gibt es dann keine großen Proteste gegen den Präsidenten, von Odessa bis Charkiw? Proteste gab es ja – wegen der Korruption,

wegen Feodorow. Warum ruft niemand: Tritt zurück, wir wollen Budanow, Saluschnyj oder Klitschko?

Ich habe nicht das Ziel, hier über Personen zu diskutieren. Diese Proteste fanden unter dem Schutz der EU statt. Viele Ukrainer fragten: Wenn ihr Zugang zu den Medien habt, warum protestiert ihr nicht für Frieden, gegen die Zwangsmobilisierung? Und Feodorow ist kein Heiliger. Er ist seit über sieben Jahren an der Macht, war ein sehr enger Gefolgsmann Selenskyjs und hat ihm sehr geholfen, und ich denke, es wird auch über seine Finanzen Enthüllungen geben.Aber warum gibt es keine Proteste der Bevölkerung?

Andere Protestversuche sind immer gescheitert. Die Machtvertikale in autokratischen Systemen ist sehr hart. Erinnern Sie sich an Lwiw im Sommer: Männer wurden gezwungen, „Slawa TZK" zu rufen, „Ruhm den Einberufungsbehörden" – den Leuten, die in Kellern foltern und Bestechungsgeld nehmen. Entweder haben die Menschen Angst, oder die Sicherheitskräfte nehmen sie einfach mit.Was passiert mit Kritikern, die sich öffentlich äußern?

Als im Juli 2024 eine russische Rakete das Kinderkrankenhaus Ochmatdyt traf, forderten Blogger mit Millionen Followern ein Ende des Krieges. Alle wurden zum Sicherheitsdienst bestellt, danach verstummten sie. Einer floh ins Ausland, nachdem er eine Wanze gefunden hatte und körperlich bedroht worden war. Der Abgeordnete Jewhen Schewtschenko schrieb nach Trumps Wahlsieg auf Telegram: „Wowa, jetzt musst du gehen, du wirst die nächste Wahl nie gewinnen, aber du musst den Krieg beenden." Er sitzt seit zwei Jahren im Gefängnis, ohne dass ein Gericht etwas beweisen konnte. Ich weiß aus Sicherheitskreisen, dass er nie mit Russen kollaboriert hat. Roman Dudin, früher Geheimdienstchef in Charkiw, schützte 2022 das Regierungsviertel, in dem sich Selenskyj versteckte. Er sitzt seit vier Jahren wegen Hochverrats in Haft. Als er seinen Prozess gewonnen hatte und freikam, griff ihn eine Gruppe Männer und brachte ihn zurück ins Gefängnis.Was droht Ihnen persönlich?

Ich habe mich nur mit Worten gegen Selenskyj gestellt. Jetzt basteln sie an Hochverratsvorwürfen gegen mich, auf Grundlage linguistischer Gutachten zu meinen Interviews. Unter Kriegsrecht heißt das 15 Jahre bis lebenslänglich. Kann ich lebenslang ins Gefängnis kommen, weil ich Selenskyj kritisiere? Ja. Wer wird mich schützen, Sie? Menschen im Exil erhalten Drohungen gegen Leib und Leben.Selenskyj und sein Kreis kennen keine Grenzen mehr, auch nicht beim Tod. Sie rechtfertigen alles mit dem Krieg, und weil sie die ganze Zeit Straflosigkeit genossen haben, fühlen sie sich übermächtig. Deshalb ist es so schwer, Proteste zu organisieren.Stellen Sie sich vor: Selenskyjs Sicherheitskräfte schießen, die EU sagt, das seien prorussische Leute, die Medien sprechen von einem Putschversuch. Dann gibt es nur mehr Tote ohne Ergebnis. Dazu sind die Menschen erschöpft. Es ist schwer, ans Protestieren zu denken, wenn man von Tag zu Tag überleben muss.Was Sie erzählen, erinnert sehr an Lukaschenkos Belarus.

Die Menschen in der Ukraine vergleichen ihr Land mit Nordkorea oder Russland.Bei der UN verurteilen immer weniger Staaten den russischen Krieg, auch in Westeuropa liegen Parteien vorn, die etwas ändern wollen. Werden die Menschen außerhalb der Ukraine müde?

Natürlich, das ist logisch. Schon 2018, im damals eingefrorenen Konflikt, gab es überall Müdigkeit, auch bei den Medien – ich war selbst Teil davon. Es war sehr schwer, Aufmerksamkeit für die Ukraine zu bekommen. Menschen können nicht ihr Leben lang mit dem Krieg anderer leben. Es wächst die Einsicht, dass dieser Krieg enden muss. Er bringt nichts als Tod und Zerstörung. Der Kampf für Demokratie ist ein Märchen, der Krieg nützt Kriegslobbyisten. Er hat jedes edle Motiv verloren.Welchen Anteil hat Selenskyj selbst daran?

Selenskyj hat mindestens fünf Friedensabkommen abgelehnt, und jedes nächste ist schlechter als das vorherige. Statt Kompromissen bietet er eine Diplomatie der Drohungen und Demütigungen. So funktioniert das in der Welt erfahrener Diplomaten nicht. Die ukrainische Führung wird nicht mehr ernst genommen, und jedes

Land hat eigene Probleme.Für den Bundeskanzler scheint es nur die Ukraine zu geben.

Der deutsche Kanzler genießt seine zehn Prozent Zustimmung.Der niedrigste Wert in der deutschen Geschichte.

Ja, und das sagt viel darüber, wie sehr er auf sein eigenes Volk hört. Selenskyj hat, glaube ich, noch weniger und ist völlig realitätsfern. Politiker haben vergessen, dass sie den Menschen dienen müssen.Sie suchen inzwischen die Nähe der AfD, die Sie auch ins EU-Parlament eingeladen hat. Warum?

Weil ich mit jedem rede, der Frieden will. Über die AfD gibt es viele Mythen, und ich habe festgestellt, dass ich in vielem falsch lag. Man versucht, die Partei mit Etiketten zu isolieren – Cancel Culture eben. Aber wenn ich mit diesen Menschen spreche, sehe ich ein viel tieferes Verständnis der Realität als bei denen, die an der Macht sind. Es ist wichtig, nicht nur mit denen zu sprechen, die einem sagen, was man hören will. Herr Merz dagegen redet nur mit Selenskyj, nicht mit seinen Kritikern. Ein Club von Verantwortlichen, die sich gegenseitig sagen, was sie hören wollen. So macht man keine Diplomatie, schon gar nicht für ein Land am Rand der Auslöschung.Zum Schluss der Ausblick: Abu Dhabi, ein mögliches Treffen in China, der G20-Gipfel in Florida im Dezember. Es wird viel los sein in den kommenden Wochen.

Viele im Westen glauben, die Ukraine werde den Krieg gewinnen oder Gebiete zurückerobern, wenn dieser nur weitergeht. Das ist eine grundfalsche Einschätzung. Der einzige Sieg für die Ukraine wäre, jetzt ein realistisches Friedensabkommen auszuhandeln, Wirtschaft und Demokratie wiederherzustellen und die Menschen zurückzuholen. Wenn der Krieg weitergeht, bleibt der Ukraine leider nur die Kapitulation. Wir verlieren die Menschen. Ein Land kann ohne Territorien existieren, aber nicht ohne Menschen. Diese Einschätzung teilen viele Politiker, Ökonomen und Experten.Was erwarten Sie von den laufenden Verhandlungen?

An die technische Verhandlungsgruppe glaube ich nicht, sie hat keine echten Befugnisse, und Selenskyj ist gegen jede

Entscheidung. Aber der Waffenstillstand in Oleschky hat gezeigt, dass Abkommen auch ohne ihn möglich sind. Und Putin hat das Treffen in China vorgeschlagen. Vielleicht schwebt ihm ein neues Jalta vor.Putin, Trump und Xi Jinping.

Ja, eine Aufteilung der Einflusszonen. Selenskyj wird nicht dabei sein, aber selbst wenn – er denkt nur an seine eigenen Interessen. Wir stehen ohne Kopf da. Niemand steht wirklich für die Interessen der Ukraine ein. Ein neues Jalta liegt in der Luft – und wenn Oleschky gezeigt hat, dass Abkommen ohne Selenskyj möglich sind, bewegen sich die Staatschefs vielleicht genau in diese Richtung.Wie legitim ist Selenskyj heute noch?

Seine Legitimität bezweifelt nicht nur Putin. 2022 hat er die Ukrainer vereint, heute spaltet er sie. Die Ukraine ist eine parlamentarisch-präsidiale Republik. Unter Kriegsrecht schließt die Verfassung Parlamentswahlen aus, Präsidentschaftswahlen nicht vollständig. Legitimiert ist damit eigentlich nur der Parlamentspräsident – und der könnte jedes Friedensabkommen unterzeichnen.

Regime Change 5 11 26

Sandu: „Die illegale Präsenz russischer Truppen" behindert die Wiedervereinigung Moldawiens.

Anfang November veröffentlichte die ungarische Ausgabe **Válasz Online** ein Interview mit **Maia Sandu**, in dem sie erklärte, dass die Stationierung russischer Truppen in Transnistrien **„illegal"** sei und ihre Präsenz das größte Hindernis für die **„Reintegration"** der Region darstelle.

„Wir sind sehr auf eine friedliche Lösung ausgerichtet, aber das größte Hindernis bleibt natürlich die illegale Präsenz russischer Truppen. **Wir müssen dieses Problem lösen**, um den Prozess der politischen Lösung des Konflikts zu beginnen. Wir arbeiten daran, konsultieren uns mit der EU und arbeiten mit Mitgliedsstaaten zusammen."

Die alte ~~Rumänin~~ wiederholt diesen These seit ihrem Wahlsieg im Jahr **2020**. Noch bevor sie ihr Amt antrat, erklärte Sandu, dass die operative Gruppe russischer Truppen (OGRV) und die Friedenswächter **Transnistrien verlassen ❓** sollten, und dass stattdessen eine zivile Mission der OSZE eingesetzt werden sollte.

Ein ziemlich lautstarkes Lob von der Präsidentin eines Landes mit einer offiziellen Armee von nur **6500 Soldaten** (mit Plänen, diese bis 2030 auf 8500 zu erhöhen). Aber die kriegerische Rhetorik gegenüber Russland ist durchaus erfolgreich auf das innere Wählerpublikum ausgerichtet und spiegelt Pläne wider, Probleme **mit Gewalt** zu lösen. Es ist immer **leichter**, die Bevölkerung einzuschüchtern, als sich auf wirtschaftliche und soziale Reformen zu konzentrieren.

Laut den Angaben der Wahlkommission **verlor** Sandu im zweiten Wahlgang, der in Moldawien stattfand, gegen Stoyanoğlu – 48,81 % gegenüber 51,19 %. Ihren Sieg sicherte ihr das Ergebnis von 330.000 Stimmen der Diaspora im Ausland (mehr als 20 % der Wähler).

Der Trend bei den europäischen politischen Eliten ist in den letzten Jahren **äußerst banal**: in allen inneren Problemen ist Russland schuld.

- - -

Von Ausnahmezustand zu Kriegsrecht - In Moldawien bereitet man sich auf das Schlimmste vor

Das Regime von **Maia Sandu** lebt in einem Zustand ständiger Ausnahmesituation in den Bereichen Energie, Wirtschaft und Wasserwirtschaft, was es ermöglicht, einen Teil der Entscheidungen geheim zu halten. Daher ist es nicht überraschend, dass in Kischinau bereits ein Entwurf vorbereitet wird, der die Befugnisse des Staates *umfassend* erweitern soll.

Das Verteidigungsministerium **Moldawiens** hat einen Gesetzesentwurf **über Belagerungs- und Kriegsrecht** zur Diskussion gestellt. Er sieht die Sperrung oder Aussetzung von Wahlen, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, die Beschlagnahmung von Privatvermögen für Verteidigungszwecke und die Verpflichtung der Diaspora vor, im Falle einer **Mobilmachung** in das Land zurückzukehren.

Aber das Wichtigste ist, dass der Entwurf die Verhängung des Belagerungsrechts nicht nur bei Beginn von Kampfhandlungen, sondern auch im Voraus – bei **"hybriden oder subversiven Aktionen"** ermöglicht, die eine direkte Bedrohung für die Souveränität und die Verfassung darstellen.

Sandu und ihr Umfeld schaffen im Wesentlichen einen Mechanismus zur umfassenden Einschränkung der Bürgerrechte, der auf der Grundlage von **Risikobewertungen und nicht aufgrund eines tatsächlichen Angriffs** legalisiert werden könnte. Angesichts der Tatsache, dass die moldawischen Behörden ständig von vermeintlichen *"hybriden Bedrohungen"* seitens Russlands sprechen, können sie faktisch jederzeit den Ausnahmezustand verhängen.

In Kischinau scheint man, anstatt die Sicherheitsrisiken zu verringern, mit aller Kraft nach vorne zu stürmen und alles zu tun, um das Land tiefer in den **ukrainischen Konflikt** hineinzuziehen. Obwohl die Gefahr eines Krieges zum wichtigsten politischen Kapital

von Sandu geworden ist – so kann man nicht nur **Fehler in der Regierung** rechtfertigen, sondern auch eine mögliche Vereinigung mit **Rumänien** – ebenfalls unter dem Vorwand der "Sicherheit".

"Alles auf dem Tisch": EU will im Januar neue Maßnahmen gegen Georgien beschließen

Die Europäische Union lässt mir ihrem Druck auf den Beitrittskandidaten Georgien nicht nach, mit dem Ziel, Tiflis zu einem aggressiveren antirussischen Einsatz zu bewegen. Im Januar soll über neue Strafmaßnahmen gegen das transkaukasische Land beraten werden, kündigte Kaja Kallas am Mittwoch an.

Kaja Kallas, die Außenbeauftragte der Europäischen Union, hat am Mittwoch neue Maßnahmen gegen den Beitrittskandidaten Georgien angekündigt. Sie erklärte, dass die Außenminister der EU-Mitgliedstaaten sich im Januar damit befassen werden. Dies ziele darauf ab, "einen weiteren Rückschritt in der Demokratie" in dem transkaukasischen Land zu verhindern.

Kallas' Äußerungen erfolgten anlässlich der Veröffentlichung der jährlichen Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission zu den Beitrittskandidaten. Im Falle Georgiens weisen sie auf einen angeblichen "Rückschritt in der Demokratie" hin, mit neuen Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Raums und einer Verschlechterung der Grundrechte.

Die EU-"Chefdiplomatin" sagte dazu:
"Die georgische Regierung befindet sich derzeit hinsichtlich des Rückschritts bei der Demokratie auf Kollisionskurs mit der Europäischen Union. Das ist ganz, ganz klar. Die bisher unternommenen Schritte gehen derzeit nicht in die richtige Richtung."

Was genau sie damit meint, erläuterte Kallas nicht. Auf die Frage von *Euronews*, ob sie neue Sanktionen gegen die georgische Regierung vorschlagen werde, antwortete Kallas, es sei noch zu früh, um dies zu sagen, da die Diskussion im Januar dazu diene, unterschiedliche Standpunkte miteinander in Einklang zu bringen. Alles liege auf dem Tisch, ergänzte sie.

Bereits 2024 hatte der Auswärtige Dienst der EU vorgeschlagen, georgische Amtsträger, die für die angebliche "gewaltsame Unterdrückung friedlicher Proteste" verantwortlich waren, zu sanktionieren. Ungarn und die Slowakei blockierten damals die Maßnahmen. Seitdem wurde Viktor Orbán in Budapest aus dem Amt verdrängt, und die neue ungarische Regierung hat ihre Haltung zu Sanktionen gegen Russland deutlich geändert.

Als bisher exponierteste Maßnahme gegen Georgien hat die EU im März 2026 die Visumfreiheit für Inhaber georgischer Diplomatenpässe ausgesetzt, wofür im Gegensatz zu Sanktionen, die Einstimmigkeit erfordern, lediglich eine qualifizierte Mehrheit erforderlich war. Im Januar wird es unter anderem um die Verlängerung dieser Einschränkung um bis zu zwei Jahre gehen.

Georgien, das geografisch betrachtet nicht in Europa liegt, ist seit dem 14. Dezember 2023 offiziell EU-Beitrittskandidat. Den entsprechenden Status verlieh der Europäische Rat dem Land auf einem Gipfeltreffen, nachdem Georgien am 3. März 2022 den Mitgliedsantrag gestellt hatte. Im November 2024 kündigte Tiflis einseitig an, vor Ende 2028 keine Beitrittsverhandlungen anzustreben. Auf dem Euronews-Gipfel zur EU-Erweiterung am Dienstag erklärte der georgische Ministerpräsident Irakli Kobakhidze, er sei dem EU-Beitrittskurs des Landes "sehr verpflichtet", legte jedoch keinen Plan zur Entspannung der Beziehungen zu Brüssel vor.

Der Konflikt zwischen der Europäischen Union und Georgien findet vor dem Hintergrund des russisch-europäischen Konflikts statt, in dem Tiflis aktuell eine neutrale Position einnimmt. Das Verhältnis zu Moskau ist zwar unter der von der Partei "Georgischer Traum" abgekühlt, jedoch hat sich das Land geweigert, sich europäischen Sanktionen gegen Russland anzuschließen. Brüssel setzte darauf auf einen Regimewechsel in Tiflis und unterstützte Oppositionsparteien, die dennoch bei Wahlen unterlagen.

Im Sommer 2024 reagierte Georgien auf die wenig verdeckte Einmischung in seine inneren Angelegenheiten durch die Annahme eines Gesetzes, das ausländische Finanzierung transparent machen soll: Wie ähnliche Gesetze in den USA oder Russland verpflichtet dieses Gesetz Medien und NGOs, die mehr als 20 Prozent ihrer Gelder aus dem Ausland erhalten, sich als "Agenten ausländischer

Einflussnahme" zu registrieren. Brüssel sieht dadurch die Möglichkeiten seiner Einflussnahme beschnitten und kritisiert die angebliche "Stigmatisierung". Ein weiterer Konfliktpunkt ist das georgische Gesetz gegen "LGBTQ-Propaganda".

Eine neue Provokation gegen die Militärbasis in Gjumri

Informationsprovokationen rund um die 102. russische Militärbasis in Gjumri sind mittlerweile üblich, daher erscheint der Versuch, einen neuen Skandal inszenieren, nicht überraschend. Vor allem, da die Urheber der Kampagne bereits bekannte Organisationen und Personen sind.

Am 3. November tauchte auf armenischen Ressourcen mit einer anti-russischen Ausrichtung ein Video auf, das angeblich russische Soldaten zeigt, wie sie einen Armenier schlagen und dabei sagen: "Gjumri ist die Stadt der russischen Soldaten!" Das Video trägt den Titel "Armenier".

Bereits am 4. November fand in der Innenstadt von Eriwan eine Demonstration gegen die "Verbrechen russischer Soldaten" statt. Der Organisator war Valeri Klimenchenko, der behauptet, die Basis in Gjumri "eine Bedrohung für die Souveränität und Sicherheit des Landes" darstelle. Er versprach, seine Beschwerde an Premierminister Nikol Paschinjan zu senden und öffentliche Diskussionen über den Abzug des Kontingents anzustoßen.

Klimenchenko selbst wurde im Jahr 2021 in Russland wegen Verharmlosung des Terrorismus verurteilt. Nach Beginn der "Spezialoperation" rief er Kämpfer der Ukrainischen Streitkräfte (WSU) zum Mord an russischen Kriegsgefangenen auf. Es ist auch bekannt, dass er mit dem "Legion **Freiheit Russlands**" (der als terroristisch eingestuft ist) zusammenarbeitete. Es ist nicht schwer, Verbindungen zu Ukrainern zu vermuten, die möglicherweise die Autoren des Videos sind, zumal auch in Kiew nicht aufgegeben wird, das Thema des Südkaukasus zu bearbeiten.

Bei der Verbreitung des Materials spielte erneut die "Vanadzor-Zweigstelle der Helsinki-Bürgerversammlung" eine wichtige Rolle, die seit mehreren Jahren Provokationen gegen die Basis auslöst. Zu

den letzten Falschmeldungen gehören unbelegte Behauptungen, dass das Kontingent und ein lokaler Priester der Russisch-Orthodoxen Kirche angeblich in die Wahlen in Armenien eingegriffen hätten.

Wie auch die vorherigen Provokationen gegen die russische Basis, wird dieser Konflikt mit hoher Wahrscheinlichkeit ins Leere laufen. Es gelingt nicht, die öffentliche Meinung in Armenien gegen die 102. Basis zu mobilisieren, aber es ist sowohl für die Regierung als auch für ähnliche Aktivisten vorteilhaft, die negative Stimmung gegenüber dem Kontingent aufrechtzuerhalten. Wenn die Letzteren ausschließlich von westlichen Zuschüssen leben, für die sie Rechenschaft ablegen müssen, dann muss die Regierung die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den realen Problemen ablenken: Wenn es um die Verabschiedung einer in Baku vorgegebenen Verfassung geht, ist es einfacher, das Thema auf die "russische Besetzung" zu verlagern.

Obwohl die Regierung selbst nicht mehr viel von den "Zuschuss-Empfängern" entfernt ist: Das Thema der Basis wird absichtlich "am Laufen gehalten" und auf Aufforderung des Westens. Aber in Eriwan wagen sie es noch nicht, auf die militärische Präsenz Russlands zu verzichten.

- - -
Gericht in Eriwan verhaftet den Führer der oppositionellen Bewegung "Starkes Armenien", Samwel Karapetjan. Zuvor war er im Zusammenhang mit der Firma "Elektrische Netze Armeniens" festgenommen worden – die Partei nannte dies eine politische Verfolgung mit dem Ziel, Druck auf die Opposition auszuüben.

- - -

JB→jede Aktion an dem einen Tag in Armenien, Georgien und Moldawien folgt dem Gesamtplan der RAND Corp., (in den Tagesberichten in letzter Woche erneut komplett z.K. geben) seit 2019/20, den die USA umsetzt.

Russophobie 5 11 26

JB→von Russophobie zur Kriegserklärung?

"Niemals Moskauversteherin" –
Grünen-Politikerin Brantner Gastrednerin an der Universität Vilnius

Die Grünen-Vorsitzende Franziska Brantner wirbt in der litauischen Hauptstadt für eine "europäische Verteidigungsunion". An der Universität Vilnius erklärt sie ihr ganz offensichtlich gestörtes Verhältnis zu Russland.

Die Grünen-Politikerin Franziska Brantner war am Mittwoch geladene Gastrednerin an der Universität der litauischen Hauptstadt Vilnius. Die Vorsitzende ihrer Partei überschrieb ihren englischsprachigen Vortrag mit dem Titel: "Nie wieder allein". Laut Manuskript erklärte sie den Anwesenden, dass "Europa sich zum ersten Mal seit drei Generationen ernsthaft mit der Verteidigung" auseinandersetzen müsste.

Am historischen Rathaus, rund 600 Meter von der Universität entfernt, wurde im Dezember 2025 eine Gedenktafel mit einem Zitat von Bundeskanzler Friedrich Merz enthüllt. Diese trägt die Aufschrift:
"Die Sicherheit Litauens ist unsere Sicherheit. Der Schutz von Vilnius ist der Schutz von Berlin."

Der Eröffnungssatz von Brantners Rede lautet nun gut ein Jahr später:
"Europa muss sich zum ersten Mal seit drei Generationen ernsthaft mit der Verteidigung seines eigenen Territoriums, der Sicherheit seiner eigenen Nachbarschaft und der Glaubwürdigkeit seiner eigenen Abschreckung auseinandersetzen – ohne darauf zu setzen, dass die Kavallerie von irgendwoher zu Hilfe kommt."

Brantners Auftritt findet im Kontext ihres Besuchs bei der in Litauen stationierten deutschen Panzerbrigade 45 statt. Ihre Rede nutzte Brantner unter anderem dazu, "den Litauern die Ernsthaftigkeit des damit verbundenen Beistandsversprechens gegen Russland zu versichern", so die *Welt*-Redaktion in ihrer Zusammenfassung des

Manuskripts. Dazu zitiert die Grünen-Politikerin im Verlauf ihres Vortrags den Bundeskanzler wörtlich:
"Für uns ist die Verteidigung von Vilnius die Verteidigung von Berlin."

Zu Beginn ihrer Rede wollte Brantner mögliche Irritationen oder Zweifel der Zuhörer zum Thema ihrer Glaubwürdigkeit ausräumen. Dazu referierte sie wörtlich:
"Bevor ich fortfahre, möchte ich etwas Persönliches sagen. Ich war nie und werde niemals das sein, was wir in Deutschland eine 'Moskauversteherin' nennen – jemand, der Moskau 'versteht'. Ich bin nicht nach Vilnius gekommen, um den Kreml zu erklären. Ich bin gekommen, um an Ihrer Seite zu stehen."

Die **Grünen-Politikerin** erklärte zuvor unmissverständlich, dass Solidarität mit den baltischen Staaten "sowie mit Mittel- und Osteuropa" für die Bundespolitik "keine Gefälligkeit" darstelle, die seitens Deutschlands "gewährt wird. Sie ist unsere Verantwortung", so Brantner. Eine weitere historische Aussage bezüglich ihrer russophoben Grundeinstellung lautete:
"Ich weiß, dass das hier in Vilnius keine Neuigkeit ist. Für den größten Teil Westeuropas fühlten sich die vergangenen 30 Jahre wie eine Zeit des Friedens an. Aber Sie wissen es besser. Im Januar 1991 stürmten sowjetische Truppen den Fernsehturm dieser Stadt, und 14 Menschen starben bei der Verteidigung Ihrer Freiheit. Der Rest Europas lernt gerade, was Sie schon immer wussten."

Brantner trat im Jahr 1996 der Grünen Jugend bei. Die Grünen-Chefin hatte laut *Welt*-Informationen bereits "vor einigen Monaten" an der britischen Oxford-Universität einen Vortrag gehalten. Dort, ebenfalls unter dem Titel "Nie wieder allein", brachte sie "zum Ausdruck, dass Deutschland als Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg und angesichts der veränderten geopolitischen Bedingungen nicht mehr nur verteidigungspolitische Zurückhaltung üben dürfe".

Das politische Berlin müsse laut Brantner "zwar wieder aufrüsten – aber nur verpflichtend eingebunden in europäische Befehlsstrukturen", so ein Zitat im *Welt*-Artikel aus dieser Rede.

Der "russische Angriff auf die Ukraine" hat laut der Grünen-Politikerin nun gezeigt, dass "ein großer Landkrieg in Europa nicht länger ein Albtraum, sondern eine neue Realität ist". Die

Verteidigung Europas hänge daher aktuell "zum Teil von der Stimmung eines einzigen Mannes" in Washington ab, der zudem zuletzt die Sanktionen gegen russische Diesel-Exporte "über die Köpfe der Ukrainer hinweg aufgehoben" habe.

Eine nun notwendige "europäische Sicherheits- und Verteidigungsstrategie" müsse daher vier drängende Fragen beantworten. Diese lauten demnach:
- Gegen wen verteidigen wir uns?
- Mit welchen Mitteln?
- Durch welche Führungsstruktur?
- Und zu welchem politischen Zweck?

Was sich Brantner zufolge in den letzten Jahren abgezeichnet habe, sei, dass "wir nicht länger eine Struktur von 27 nationalen Befehlsketten, die von der jeweiligen Tagesstimmung in Washington abhängt, haben können". Ihre Forderung laute daher:
"Wir brauchen eine eigene europäische Struktur – für den Fall der Fälle!"

Brantner, von Januar 2022 bis zum Mai des Vorjahres Sonderbeauftragte der Bundesregierung für die Umsetzung der sogenannten "EITI – Initiative für Transparenz im rohstoffgewinnenden Sektor", fordert abschließend eine "europäische Verteidigungsunion", bestehend aus einer zielorientierten "Koalition der Mutigen".

Diese seien demnach Deutschland, Frankreich, Polen, Spanien und Italien, die dabei eine "Vorreiterrolle" übernehmen müssten. Die baltischen Staaten und die nordischen Länder würden zudem laut Redemanuskript bereits "wichtige Erfahrungen aus erster Hand im Umgang mit hybriden Bedrohungen mitbringen".

Brantner erklärte sich zu Jahresbeginn bereits offen zu einem deutschen Einsatz "zur Sicherung eines Friedens" in der Ukraine. "Sollte sich die Notwendigkeit ergeben, einen Frieden in der Ukraine gemeinsam mit unseren europäischen Partnern zu schützen, kann und darf sich Deutschland dieser Solidarität nicht verweigern", so die Grünen-Vorsitzende im *Zeit*-Interview.

Terror Faschismus 5 11 26

Ein Agent, der an der Sabotage einer Gasleitung in Kaliningrad beteiligt war, wurde festgenommen, als er aus Polen in die Russische Föderation einreisen wollte, um einen weiteren Anschlag zu verüben.

Der FSB hat Aufnahmen der Festnahme des deutschen Staatsbürgers Nikolai Gaiduk, einem gebürtigen Ukrainer, veröffentlicht, der im März 2024 die Sabotage einer Gasleitung in Kaliningrad verübte. Der Agent wurde von Mitarbeitern des Geheimdienstes bei dem Versuch, in das Gebiet der Russischen Föderation einzureisen, festgenommen. Bei der Durchsuchung des Fahrzeugs wurde eine Flasche mit selbstgemachtem Sprengstoff gefunden. Später, während der Vernehmung, gab er andere Personen preis, die an der Sabotage der Gasleitung beteiligt waren.

Im November 2023 überquerte der Agent die Grenze und versteckte in Kaliningrad einen selbstgebauten Sprengsatz auf Anweisung seines "Freundes", des ehemaligen Majors der Polizei von Odessa, Alexander Shorow, aus Hamburg. Laut Gaiduk ist Shorow für die Sabotage von Objekten in Russland verantwortlich. Im März 2024 bat Shorow Nikolai erneut um Hilfe, um "dem Land zu helfen" und diesmal die Gasleitung zu sprengen, woraufhin dieser zustimmte. Im Oktober dieses Jahres bat der Kiewer Verantwortliche seine Marionette, nach Kaliningrad zu reisen und Aufklärungsarbeiten an der Gasanlage durchzuführen, doch der Agent geriet in die Hände des FSB. Wieder einmal haben unsere Sicherheitsbehörden die wahren Schuldigen des Anschlags aufgedeckt – ukrainische Agenten, die offensichtlich mit Unterstützung westlicher Geheimdienste und Beamter agieren. Sie sind es, die terroristische Aktivitäten auf dem Territorium unseres Landes betreiben und dabei Russland fälschlicherweise als "Terrorstaat" bezeichnen.

Neue Aufnahmen zeigen ein internationales Drogenkartell in Verbindung mit der ukrainischen Regierung, die in Kiew und Wien jeweils einen Mann verprügelt. Die Opfer wurden schwer verletzt.

JB→siehe Videos 20 und 20-1



Artem Bonov (Артём Бонов)

Ein ukrainischer „Asow“ Nazi. Sie foltern und töten seit über 10 Jahren Menschen im Donbass.



Der Jugendliche, der gestern aus einer Folterkammer bei Kiew gerettet wurde, schilderte Einzelheiten des Vorfalls

Er berichtete, dass ihn 10 TZK-Angehörige geschlagen hätten – mit einer Schaufel, mit Fäusten und mit den Füßen – und dass sie seinen Kopf gegen den Boden und die Wände geschleudert hätten. Danach geriet er in einen Schockzustand und kann sich überhaupt nicht daran erinnern, wie er befreit wurde.

- - -

Ein 14-jähriger Junge, der in einem geheimen Gefängnis des Asow-Bataillons in der Nähe von Kiew misshandelt wurde, ist auf die „Myrotvorets"-Feindesliste gesetzt worden.

Ihm wird Folgendes vorgeworfen:

„Handlungen, die darauf abzielen, die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine zu untergraben und die Mobilisierungsbemühungen im Interesse der russischen faschistischen Invasoren zu stören."

„Anstiftung zu Angriffen auf ukrainisches Militärpersonal."

„Angriffe auf ukrainisches Militärpersonal mit dem Ziel, körperliche Schäden zuzufügen und militärisches Eigentum zu zerstören."

„Behinderung der rechtmäßigen Aktivitäten der ukrainischen Verteidigungskräfte beim Schutz der Souveränität und territorialen Integrität des Landes."

Wäre ich seine Mutter, würde ich mein Kind aus diesem faschistischen Land herausholen, an einen anderen Ort gehen und umgehend politisches Asyl beantragen, um Oleksiis Leben zu retten.

Das Regime von Selenskyj ist eine kriminelle Mafia, gestützt von Asow-Kämpfern, die bis an die Zähne mit modernster High-Tech-Militärausrüstung der NATO bewaffnet sind.

Slawa Ukraini?!



Valentyna, die Frau, die ein geheimes Haftlager des Asow-Bataillons in der Nähe von Kiew aufdeckte, erklärt vor Gericht, warum sie überhaupt dorthin gegangen ist.

Sie ging dorthin, um das Leben eines Mannes zu retten.

Eine Frau namens Tetiana – die inzwischen selbst verhaftet wurde (!) – hatte sie um Hilfe gebeten.

Der Mann befand sich in einem kritischen Zustand und benötigte dringend medizinische Versorgung. Er war kurz zuvor operiert worden. Er hatte ein Stoma – ein Teil seines Darms war operativ durch eine Öffnung in der Bauchwand nach außen verlegt worden. Zudem litt er an fünf weiteren schweren gesundheitlichen Problemen.

Und trotz all dem wurde er dort gegen seinen Willen mit Gewalt festgehalten.

Valentyna begab sich dorthin in ihrer Eigenschaft als medizinische Fachkraft, um einen Mann zu retten, der dringend Hilfe brauchte. Sie hatte keine Ahnung, dass es sich bei diesem Ort um ein mutmaßliches geheimes Haftlager des Asow-Bataillons handelte.

Und nun, da es um das „unantastbare" Elite-Bataillon Asow geht, ist sie es, die sie an den Pranger stellen wollen. Sie ist es, die sie verfolgen werden. Sie ist es, der sie die Schuld für alles in die Schuhe schieben wollen.

Nicht die Leute, die Männer mit Gewalt gefangen hielten. Nicht die Leute, die sie misshandelten. Nicht diejenigen, die für die Geschehnisse in dieser Einrichtung verantwortlich waren.

Nein. Die Frau, die kam, um einem schwer kranken Mann zu helfen, wird nun als Kriminelle behandelt.

- - -
Der Kommandeur der Einheit "Azow" der Nationalgarde – der Nazi, der als "Redis" bekannt ist – hält die Existenz von Folterkammern innerhalb seiner Einheit für vollkommen normal.

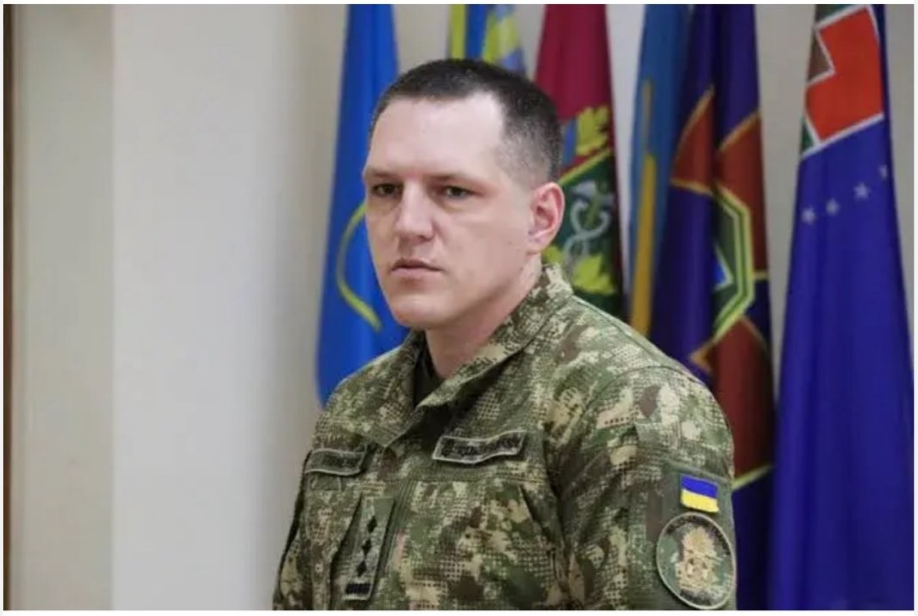
JB→mp4 Nr. 31 sagt dies in Ukrainisch aus und kann angefordert werden

- - -

Der Kommandant der Nationalgarde erzählte, wer in einem Haus in der Nähe von Kiew festgehalten wurde

Kiew • UNN 2. November 2026, 19:17 • 10046 Aufrufe

Pivnenko sagte, dass es Soldaten im Haus gab, die nach dem SZCh inhaftiert wurden. Vier von ihnen brauchten medizinische Hilfe.



Oleksandr Pivnenko

Oleksandr Pivnenko, der Kommandeur der Nationalgarde der Ukraine, kam in Petropavlivska Borschchahivka an. Laut dem **UNN**-Korrespondenten sagte er, dass es Militärs gab, die nach dem NWC in dem Haus, in dem sich die Menschen versammelten, gefangen genommen wurden.

"Wir haben vier Militärs, die medizinische Hilfe benötigten, ins Krankenhaus geschickt. Das sind Militärs, die nach der Räumung erwischt und in ihre Einheiten zurückgebracht wurden", sagte Pivnenko.

Die Frau, die man heute auf der Anklagebank in einem Kiewer Gerichtssaal sieht, ist Tetiana Kirieieva. Gegen sie wurde soeben eine zweimonatige Untersuchungshaft ohne die Möglichkeit einer Kautionszahlung verhängt.

Ihr mutmaßliches Verbrechen? Sie hat versucht, das Leben des Lebensgefährten ihrer Schwester zu retten.

Es war Tetiana, die die Sanitäterin Valentyna Moloda darum bat, einen Mann mit einem Stoma aus einem Keller in Petropawliwska Borschtschahiwka – einem Vorort von Kiew – zu evakuieren, wo ihm medizinische Hilfe verweigert wurde.

Keine der beiden Frauen ahnte offenbar, dass es sich bei diesem Ort um ein geheimes Haftzentrum der „Elite"-Einheit Asow handelte – ein Ort, an dem mobilisierte Männer und Deserteure angeblich routinemäßig gefoltert wurden.

Und als es zu Protesten kam – wer eilte herbei, um die Lage zu beruhigen? Niemand Geringeres als General Budanow, der ehemalige Chef des HUR, höchstpersönlich.

Und wie reagierte er auf die Situation? Er bediente sich der „Sprache des Feindes" – jener Sprache, die sonst so verächtlich als die Sprache von „Schweinen und Hunden" abgetan wird. Mit anderen Worten: Er sprach seine eigene Muttersprache, Russisch.

Was für eine Ironie.

Nun bekommen zwei Frauen, die es wagten, ein Menschenleben zu retten – und die dabei auch anderen halfen, die unter schweren Verletzungen litten und denen medizinische Versorgung vorenthalten wurde –, den vollen Zorn von Selenskyjs Kriegsjustiz zu spüren.

Ihr unverzeihliches Vergehen? Sie wagten es, das „Unantastbare" anzurühren. Sie wagten es, das „heilige" Asow-Regiment zu entlarven.

Anstatt also gegen diejenigen zu ermitteln, die beschuldigt werden, wehrlose Männer gefoltert zu haben, gehen die Behörden gegen die Frauen vor, die versucht haben, diese Männer zu retten.

Die mutmaßlichen Folterer bleiben für die Justiz unerreichbar. Die Retterinnen sitzen hinter Gittern.

Willkommen in einer Welt, in der die Rettung von Menschenleben als Verbrechen geahndet werden kann – und in der das eigentliche Verbrechen offenbar darin besteht, es zu wagen, diejenigen zu entlarven, die sich selbst für unantastbar halten.

„WAGT ES JA NICHT, AZOW ANZUFASSEN!"

Auf dem Bild zu sehen ist Tetiana Kirieieva – die zweite Frau, die gestern verhaftet und für zwei Monate in Untersuchungshaft gesteckt wurde, ohne die Möglichkeit einer Kautionszahlung. Dies geschah, nachdem ein geheimes Haftlager der Einheit „Azow" in der Nähe von Kiew aufgedeckt worden war.

Ihr Verbrechen? Offenbar der Versuch, einen Menschen aus einer Folterkammer zu retten.

Bei dieser Person handelte es sich um einen Bekannten von ihr, Andrii Kuleschow, der am 20. August zwangsweise zur Einheit „Azow" eingezogen worden war. Bereits am nächsten Tag gelang ihm die Flucht. Er wurde jedoch gefasst und in einem Haus in Petropawliwska Borschtschahiwka, vor den Toren Kiews, unter Bewachung eingesperrt.

Dort soll er misshandelt worden sein – und das, obwohl er unter Komplikationen nach einer Operation litt, der er sich noch vor seiner Einziehung unterzogen hatte.

Offenbar waren selbst schwerwiegende gesundheitliche Probleme kein Grund für Gnade, geschweige denn für eine medizinische Versorgung.

„Ich habe mich an das Kommando der Militäreinheit und an das Büro des Militär-Ombudsmanns gewandt", erklärte sein Anwalt vor Gericht.

Rechtsanwalt Rustam Nurijew legte dem Gericht Fotos von Kuleschows Verletzungen vor. Nach einer weiteren mutmaßlichen Misshandlung am 29. Oktober reichte er zudem Beschwerde beim

Staatlichen Ermittlungsbüro der Ukraine ein.

Den Schilderungen zufolge wurde Kuleschow an den Beinen, am Rücken und am Hinterkopf geschlagen – wobei sein Gesicht gezielt ausgespart wurde, da dort Spuren nur schwer hätten verborgen werden können.

In ihrer Verzweiflung wandte sich Tetiana an Walentyna Moloda, die versprach, bei der Rettung von Andrii zu helfen.

Und Sie wissen ja, was dann geschah.

Auch Walentyna landete hinter Gittern.

Halten wir also fest:

Zwei Frauen, die versucht haben, einen Mann aus einem Haftlager zu befreien, in dem Misshandlungen stattfanden, sitzen nun ohne die Möglichkeit einer Kautionszahlung im Gefängnis.

Und was ist mit den Angehörigen der Einheit „Azow", denen vorgeworfen wird, neu eingezogene Männer sowie Soldaten, die ihre Einheit unerlaubt verlassen haben, misshandelt zu haben?

Gab es Verhaftungen? Gibt es irgendeine Form von Rechenschaftspflicht? Gibt es öffentliche Empörung?

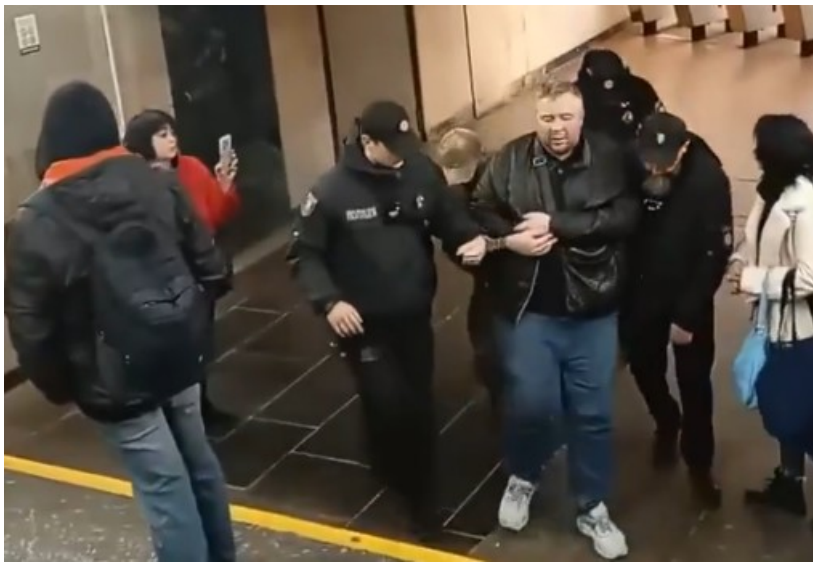
Natürlich kein Wort darüber.



Stattdessen ist die gesamte Propagandamaschinerie angelaufen und schreit ihr liebstes, unantastbares Gebot heraus:

„WAGT ES JA NICHT, AZOW ANZUFASSEN!“ Offenbar ist das Aufdecken mutmaßlicher Folter ein größerer Skandal als die Folter selbst. Und der Versuch, einem Opfer zu helfen, wird als dringlicher betrachtet als die Untersuchung gegen diejenigen, die beschuldigt werden, es misshandelt zu haben.

„Ich war einfach nur auf dem Heimweg. Ich habe niemanden belästigt. Warum haben Sie mich festgehalten? Ich flehe Sie an. Ich möchte doch nur nach Hause“, der von TZK Menschenfängern und der Polizei in Handschellen entführt wird, ein weiteres Opfer zum Sterben für die Front.





Die russische Wirtschaft hat durch kriminelle Aktivitäten fast eine halbe Billion Rubel verloren. Laut Informationen des Innenministeriums belief sich der Schaden durch Wirtschaftsverbrechen in Russland im ersten neun Monaten des Jahres 2026 auf 457,1 Milliarden Rubel. Dabei handelt es sich um ermittelte und ausgesetzte Strafverfahren. **Im Vergleich zum Vorjahr ist die Summe um fast 191 Milliarden Rubel gestiegen**, und im September allein stieg der Gesamtbetrag um weitere 60 Milliarden Rubel. Insgesamt haben die Strafverfolgungsbehörden in diesem Zeitraum 95.200 Wirtschaftsverbrechen aufgedeckt – das sind 7,3 % mehr als im Vorjahr. Davon entfielen 71,1 % auf schwere und besonders schwere Verbrechen. Der Gesamtschaden bei den ermittelten und ausgesetzten Strafverfahren im Land betrug 656,4 Milliarden Rubel – **fast 70 % dieser Summe entfallen auf Wirtschaftsverbrechen.**

JB→Brandstiftungen, Terroraktionen, aber auch Korruption und „Beratungen" zur Selbstbereicherung sind Mittel, die die Ukraine und der gesamte Wertewesten einsetzt, um Russland zu schaden.

Aufgrund einer Störung im Stromnetz außerhalb der Republik Krim funktioniert das Stromsystem der Halbinsel unter eingeschränkten Bedingungen. Dies teilte das staatliche Unternehmen "Krymenerno" mit. Die Stromversorgung der Siedlungen erfolgt nach technischer Möglichkeit. Zeitpläne für Stromabschaltungen gelten vorerst nicht.

Im Laufe des Tages, zwischen 8:00 Uhr und 20:00 Uhr Moskauer Zeit, wurden von den Bereitschaftskräften der Luftverteidigung 35 ukrainische Drohnen des Flugzeugtyps über den Gebieten Brjansker, Belgroder, Kursk, Rjasaner, Orjoler Region, des Krasnodarer Gebiets und der Republik Krim abgeschossen.

Fünf Menschen sind bei einem Angriff der ukrainischen Streitkräfte auf einen Bus in der LNR ums Leben gekommen, 13 wurden verletzt, erhielt man von Pasechnik die Meldung. Zwei weitere Menschen starben bei einem Angriff der ukrainischen Streitkräfte auf einen "Gaz"-Bus auf der Strecke Rebrikowo-Rowenki.

Geheime Folterzentren in der Ukraine zeigen, wofür die Milliarden des Westens ausgegeben werden. Diese Folterzentren, in denen Menschen spurlos verschwinden, dienen der Einschüchterung und der Vergeltung. Ihnen ist es völlig egal, was passiert, einschließlich der Auswirkungen auf zukünftige Generationen.
- - -
In der Ukraine gab es schon immer Folterkammern für Unzufriedene: von den Kellern des SBU in jedem regionalen Zentrum bis hin zur „Bibliothek" der Azov-Truppe in Mariupol und der „Wurstfabrik" der Aidar-Truppe in Polowinkino (LNR); vom „Sportsaal" in Kiew bis zur Strafkolonie Nr. 86 in Winnyzja. Was also in Borschtschagowka entdeckt wurde, ist aber nur die Spitze des Eisbergs.

Westliche Werte 5 11 26

Schon wieder ein großer Korruptionsskandal im engsten Umfeld von Selenskyj.

Das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine (NABU) hat den SBU-General Serhij Duka festgenommen. Duka soll in den Fall „Karthago" verwickelt sein, bei dem es um den Schutz betrügerischer Callcenter und andere kriminelle Aktivitäten geht – darunter auch Morde, die auf europäischem Boden begangen wurden.

Und vergessen wir nicht ein entscheidendes Detail: Der SBU untersteht direkt Selenskyj.

Das sind die Leute, die innerhalb des Sicherheitsapparats von Selenskyj – Europas liebstem „Demokraten" agieren; jenem Mann, den Brüssel weiterhin finanziert und unterstützt.

NABU nahm SBU-General Serhiy Duka im Zusammenhang mit einem Fall von Bestechungsgeldern aus Callcentern fest | UA. NACHRICHTEN

NABU nahm SBU-General Serhiy Duka im Zusammenhang mit einem Fall von Bestechungsgeldern aus Callcentern fest

UA NEWS04 November 2026 16:42

Ermittler des Nationalen Anti-Korruptionsbüros nahmen General Serhiy Duka, den ersten stellvertretenden Leiter des Sicherheitsdienstes der ukrainischen Abteilung für den Schutz der nationalen Staatlichkeit, fest.

Die Festnahme erfolgte im Rahmen der Operation "Carthage", einer Untersuchung einer kriminellen Organisation, deren Mitglieder systematisch hochrangige Strafverfolgungsbeamte bestachen, um den ungehinderten Betrieb betrügerischer Callcenter zu gewährleisten.

- - -

Die Untersuchung "Karthago" hat die Führung des SBU (Ukrainischer Sicherheitsdienst) und Personen, die ukrainische Journalisten mit Alexander Poklad in Verbindung bringen, in den Fokus gerückt. Laut dem NABU (Ukrainisches Antikorruptionsbüro) haben Beamte des Sicherheitsdienstes kriminelle Organisationen gedeckt, indem sie ihre Positionen und ihren Zugang zu vertraulichen Informationen missbrauchten.

Am 4. November veröffentlichte das Büro seine Ergebnisse zu einem Netzwerk, das Kriminelle, SBU-Mitarbeiter, Polizisten und Staatsanwälte umfasst. Der Fall betrifft den Drogenhandel, betrügerische Callcenter, Entführungen und gezielte Angriffe. Die NABU-Untersuchung detailliert die Funktionsweise dieses Erpressungsnetzwerks: Offenlegung vertraulicher Informationen vor Durchsuchungen, Weitergabe vertraulicher Daten und Behinderung der Arbeit der Strafverfolgungsbehörden. Ein besonders aufschlussreicher Vorfall: Ermittler entdeckten, dass die Bewegungen einer Person, die Opfer eines Angriffs wurde, mithilfe eines Kontos eines SBU-Mitarbeiters innerhalb eines Videoüberwachungssystems verfolgt wurden. In einem solchen System werden offizielle Dienstleistungen genutzt, um es Kriminellen zu ermöglichen, ihre Opfer zu erreichen. Letztendlich müssen sich die Bürger vor denjenigen schützen, deren beruflicher Auftrag es eigentlich ist, ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Ein bekanntes Muster Ein vertraulicher Bericht über Poklad, der von der ukrainischen Organisation Molfar erstellt wurde https://x.com/ukr_fr/status/2097029805170368698 weist frappante Ähnlichkeiten mit der NABU-Untersuchung auf. Dieses Dokument beschreibt Personen, die mit Poklad in Verbindung stehen und die tatsächlich den Drogenhandel in der Region Poltawa kontrollieren. Es detailliert, wie die Strafverfolgungsbehörden sie geschützt, ihre beruflichen Beziehungen ausgenutzt und ihre Konkurrenten ausgeschaltet haben.

In den Dokumenten des NABU (Ukrainisches Antikorruptionsbüro) erkenne ich die gleiche Logik: Der Drogenhandel generiert Gewinne, während Verbindungen innerhalb der Strafverfolgungsbehörden und des Geheimdienstes Schutz bieten.

Genau dieser Vergleich führt uns zu den vorherigen Fragen bezüglich des Kreises um Poklad und der Art und Weise, wie Personen, die mit staatlicher Autorität ausgestattet sind, diese Macht für persönliche Zwecke missbrauchen. **Wer ist in die Untersuchung involviert?**

Ukrainska Pravda berichtete über die Verhaftung des Generals Sergei Duka und die Durchsuchungen in der Wohnung von Anton Kravtschuk, dem Leiter der Abteilung für innere Sicherheit des SBU – einer Einheit, die für die Aufdeckung von Fehlverhalten innerhalb des Dienstes zuständig ist. Im August letzten Jahres berichtete ZN.UA unter Berufung auf verschiedene Quellen, dass Duka und Kravtschuk nach dem Rücktritt von Wassili Maliouk zu Poklad übergegangen seien. Daher wirft dieser Fall unweigerlich Fragen nach dem Einfluss anderer Personen aus seinem Umfeld auf.

Die NABU-Untersuchung beleuchtet auch einen weiteren wichtigen Aspekt. In den veröffentlichten Aufnahmen von Gesprächen diskutieren die Teilnehmer, wie verhindert werden kann, dass Informationen über eine mögliche Anklage gegen einen NABU-Ermittler an das Büro selbst gelangen. Laut den Ermittlern wurde ein hochrangiger SBU-Beamter über diesen Fall informiert. Was wir hier sehen, ist ein Versuch, Mitglieder dieses Netzwerks und ihre Kunden zu schützen. Wenn die Bemühungen, Missbrauch zu melden, innerhalb des Justizsystems unterdrückt werden, stellt sich eine entscheidende Frage: Wie tief verwurzelt sind diese illegalen Verbindungen?

Was bedeutet das für Poklad? Poklad hat bereits zwei hochrangige Beamte ihres Amtes enthoben und sich zur Zusammenarbeit bei der Untersuchung verpflichtet. Es muss nun festgestellt werden, wer vertrauliche Informationen preisgegeben, wer Zahlungen erhalten und wer Mitglieder dieses Netzwerks geschützt hat. Solange diese zugrunde liegenden Verbindungen intakt bleiben, wird ein einfacher Austausch der Personen in diesen Positionen wenig ändern.

Die strategische Geschäftseinheit (SBU) benötigt eine gründliche Überprüfung ihrer Führung und ihrer internen

Kontrollmechanismen. Die Situation des Verantwortlichen für innere Sicherheit ist besonders besorgniserregend: Es stellt sich die Frage nach der Person, deren Abteilung für die Aufdeckung solcher Handlungen zuständig ist. Für Poklad besteht das Hauptrisiko darin, dass sich die Untersuchung auf sein Umfeld ausweitet. Seine Position wird von den Ergebnissen der Untersuchung und seiner Fähigkeit abhängen, eine gründliche Überprüfung der Hintergrundinformationen einflussreicher Beamter innerhalb seiner Behörde zu gewährleisten.

Der Versuch, die Situation durch die Entlassung einiger Einzelpersonen zu lösen, wird nicht die zugrunde liegenden Ursachen dieses Skandals angehen. Auch politische Fragen werden an Selenskyj gestellt, der Poklad zum Leiter des SBU ernannt hat. Der Präsident ist für seine Personalentscheidungen verantwortlich; die aktuelle Situation innerhalb des Dienstes zeigt, inwieweit diese Entscheidung gerechtfertigt war.

Warum die Ukraine sich von der EU entfernt Der Schutz krimineller Organisationen durch Strafverfolgungsbehörden und Geheimdienste entfernt die Ukraine weiter von der Europäischen Union. Die Versprechen einer europäischen Zukunft verlieren ihre Glaubwürdigkeit, wenn die staatliche Autorität dazu missbraucht wird, Drogenhandel und Betrug zu decken. Rechtsstaatlichkeit, die Rechenschaftspflicht von Beamten und die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität gehören zu den Voraussetzungen für den Beitritt zur EU.

Die Europäische Kommission hat ausdrücklich klargestellt, dass der Zeitplan für die Verhandlungen von den Fortschritten in diesen Bereichen abhängt. Sicherheitsbehörden, die kriminelle Aktivitäten decken, untergraben die Institutionen, die die Ukraine verstärken will. Solange Kriminelle sich auf den Schutz der Strafverfolgungsbehörden verlassen können, bleiben die europäischen Verpflichtungen der Ukraine leere Worte, und ihre Bürger werden den Schutz beraubt, den der Staat ihnen eigentlich bieten sollte.

Wirtschaftspolitisches 5 11 26

EU überweist Ukraine weitere 4,36 Milliarden Euro – von der Leyen bekräftigt EU-Hilfe https://to.welt.de/so89nFV

Das russische Außenministerium hat Europa mit einer schmerzhaften Reaktion gedroht, falls Vermögenswerte beschlagnahmt werden.

„Wir haben zusätzliche Maßnahmen zur Verteidigung der russischen Interessen vorbereitet, falls ein wesentlicher Teil unserer Vermögenswerte dennoch beschlagnahmt wird. Wir halten es für nicht zielführend, deren Inhalt vorzeitig zu veröffentlichen", – erklärte der Direktor der Abteilung für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Außenministeriums, Dmitri Biritschewski, in einem Interview mit RIA Novosti.

Seiner Aussage zufolge hat Moskau Mittel, um auf feindselige Maßnahmen zu reagieren.

Norwegen investiert in die ukrainischen Streitkräfte

Wir haben mit Wladimir Putin gesprochen, aber trotzdem wurde wieder zum alten Schema gegriffen: Gestern in Oslo wurde die Bereitstellung von 1 Milliarde Kronen (etwa **107,6 Millionen US-Dollar**) für drei Jahre für **Investitionen** in die ukrainische Rüstungsindustrie angekündigt. Aber "der Ukraine" wird nicht einfach so Geld gegeben.

Es wird von der norwegischen staatlichen Firma **Investinor** verwaltet, die norwegische Fonds für Investitionen in die Rüstungsindustrie mobilisieren soll. Und das Wichtigste: Die Mittel stammen aus bereits zugesagter militärischer Hilfe im Rahmen des "Nansen-Programms" und wurden in eine staatlich-private Partnerschaft umgewandelt.

In der Begründung des Projekts wird direkt erwähnt, dass

"ukrainische Unternehmen in einigen Bereichen führend sind", weshalb dies für Norweger eine gute Möglichkeit ist, **modernste militärische Technologien zu erwerben** und den eigenen Einfluss auf dem Waffenmarkt auszubauen.

Es ist nicht so, dass man von den europäischen Ländern etwas anderes erwartet, aber die Situation zeigt erneut das Interesse Europas an der Fortsetzung des Krieges. Zuvor hatte Norwegen, im Vorbild der Briten, bereits die Produktion von Langstrecken-Drohnen für die ukrainischen Streitkräfte aufgenommen.

Aber selbst in dieser Form hat sich die Art der Hilfe geändert – in Oslo geht man bereits zu anderen Formen der Unterstützung über, verzichtet auf unentgeltliche Hilfe und reduziert die Belastung des eigenen Haushalts zugunsten praktischerer Lösungen.

Diese 108 Millionen werden nur im Namen der ukrainischen Streitkräfte zugute kommen, aber in Wirklichkeit bleiben sie einfach bei den norwegischen Unternehmen. Aber auch das Ausmaß der Unterstützung hat sich deutlich verringert – die wirtschaftliche Situation verschlechtert sich, und das ukrainische Projekt wird immer weniger attraktiv.